

Bezugspreise:

Bezugspreis: 30.- M., monatlich 10.- M., frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezugs: monatlich 10.- M., einjährig 120.- M., halbjährig 60.- M., vierteljährig 30.- M. (einschl. Porto). Ausland: 35.- M., einjährig 420.- M., halbjährig 210.- M., vierteljährig 105.- M. (einschl. Porto). Die Preise für die ersten drei Monate sind für die ersten drei Monate des Jahres 1921. Die Preise für die ersten drei Monate des Jahres 1922 sind für die ersten drei Monate des Jahres 1922. Die Preise für die ersten drei Monate des Jahres 1923 sind für die ersten drei Monate des Jahres 1923.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Welt und Zeit", der Unterhaltungsbeilage "Heimwelt" und der Beilage "Erziehung und Kulturen" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: "Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 151 95-97
Expedition Moritzplatz 117 53-54

Freitag, den 24. Juni 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-Abteilung Moritzplatz 117 53-54

Labour Party fordert Revision.

London, 23. Juni. (Reuter.) Die Konferenz der Arbeiterpartei fasste eine Entschließung, die die Revision der Friedensverträge verlangt. Eine zweite Entschließung spricht die Bewunderung für den Kampf der Bergarbeiter aus, der im Interesse der Arbeit als Ganzes geführt worden sei, und gelobt, daß die Partei auch weiterhin ihre Unterstützung gewähren werde.

England und das Reichsgericht.

London, 23. Juni. (Reuter.) Im Unterhaus erklärte der Generalstaatsanwalt Sir Pollock, mehrere englische Zeugen aus den Leipziger Prozessen hätten bei der englischen Regierung Vorstellungen bezüglich der Art erhoben, in der ihre Befundungen behandelt worden seien. Sobald die gegenwärtige Reihe der Leipziger Prozesse zum Abschluß gelangt sei, sei beabsichtigt, mit den anderen Mächten in Erwägungen über das weitere Vorgehen gegen die Kriegsverurteilten einzutreten; indessen sei einstweilen noch nicht geplant, bei der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben.

Berliner Erlebnisse Cambons.

Zur gleichen Zeit mit den hier schon besprochenen Memoiren des Herrn v. Schoen wird, wie der Pariser Korrespondent der "Frankfurter Zeitung" seinem Blatte berichtet, in Paris ein Erinnerungsbuch Jules Cambons veröffentlicht: "Die entscheidenden Stunden vor Kriegsausbruch." Cambon erzählt, wie er kurz nach dem Besuch des belgischen Königs

in Paris durch den belgischen Gesandten Mitteilungen über den Inhalt der vertraulichen Besprechungen mit Wilhelm II. erhalten habe, in denen dieser den Krieg mit Frankreich als unvermeidlich und nahe bevorstehend bezeichnet haben soll. Cambon teilt dann den Inhalt einer Unterredung mit, die er drei Tage nach der Ueberreichung der österreichischen Note in Belgrad mit Staatssekretär von Jagow gehabt hat, den er vor den Folgen des Abenteuers vor allem mit Hinweis auf England gewarnt habe: England wird den Fehler, den es 1870 begangen hat, indem es uns abzurufen ließ, nicht ein zweites Mal begehen. Sie können es mir glauben, ich sage es nicht leichtfertig. Ich sage Ihnen, daß es für England materiell und moralisch unmöglich ist, desinteressiert beiseite zu stehen. Deutschland stehe dann gegen ganz Europa ohne anderen Bundesgenossen als ein wurmfressendes Reich. Jagow habe darauf geantwortet: "Sie haben Ihre Informationen, wir haben die unsrigen, die jenen völlig entgegengesetzt sind. Wir sind der Neutralität Englands sicher."

Sir Eduard Goschen, dem Cambon sofort seine Unterredung mit Jagow mitgeteilt hat, habe ihm die Richtigkeit seiner Auffassung über die englischen Absichten bestätigt und seinem Bedauern Ausdruck gegeben, daß er nicht die Ermächtigung habe, offen darüber zu sprechen. Soweit Cambon. —

Das Fehlen jener Ermächtigung wurde zum Unheil. Hätte Wilhelm gewußt, daß England den Krieg an Frankreichs und Rußlands Seite führen werde, so wäre er sicherlich zurückgewichen. Der Krieg wäre vermieden worden. So aber nahm das Verhängnis seinen Lauf.

Politik der Versöhnung.

Noch niemals war die oberschlesische Frage so unklar wie jetzt, wo nach einem überwältigenden Abstimmungserfolg für Deutschland polnische Banden sich der wichtigsten Landesteile bemächtigt haben und die Interalliierte Kommission wenig Neigung zeigt, von sich aus Ruhe und Ordnung wiederherzustellen. Die Genossen in Polen und Tschurow von der Gewerkschaftsinternationale haben das immerhin seltene Glück gehabt, das vom Aufruhr durchtobte Land unbehelligt von gewalttätigen Banden bereisen zu können. Sie befluchten eine polnische Gewerkschaftsoberversammlung, genossen die deutsche und polnische Gewerkschaftspropaganda und kehrten zurück mit der Mahnung, eine Politik der Versöhnung zu betreiben. Dieser Appell geht offenbar an die deutschen Politiker. Er richtete sich gegen die opportunistischen, religiösen und militärischen Persönlichkeiten, die angeblich eine Unterdrückungspolitik gegen die polnische oberschlesische Bevölkerung gefordert haben sollen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß gerade überzeugte Zentrumsführer in der aufständischen Stadt Oppeln Repressalien gegen die Insurgenten gefordert haben, die der Lubendorff-Politik von Breßl-Litowsky recht ähnlich sehen. Man verlangt eine Niederwerfung der Aufständischen, ihre Entwaffnung und schließlich die Errichtung einer zuverlässigen Polizei, die — weil sie sich aus Deuten zusammensetzen sollte, die am Aufstand weder mittelbar noch unmittelbar beteiligt waren — so ziemlich eine rein deutsche Polizei sein würde. Verängstigte Gemüter mußten von der Ablehnung der Amnestie eine fanatische Verfolgung aller am Polenputsch Beteiligten fürchten, der den von Korsant geführten Polen als der Freiheitskampf des bedrückten polnischen Proletariats gegen die deutschen Kapitalisten hingestellt wird.

Wenn polnische Führer, zu denen in gewissem Grade auch polnische Sozialdemokraten Oberschlesiens gehören, solche Befürchtungen hegen, so ist das noch verständlich. Wenn aber Vertreter der Gewerkschaftsinternationale diese Besorgnisse teilen, so zeugt das nur davon, daß der Polen-aufstand tatsächlich auf sie den sinnverwirrenden Eindruck gemacht hat, den das Zwillingsspaar Korsant-Le Rond mit ihm bezweckt hat. Kein Arbeiter Oberschlesiens, niemals aber ein Gewerkschafter dachte daran, nach der Niederwerfung des Aufstandes eine von der Klassenjustiz beschönigte Blutrache an den Aufständischen zu üben. Das ist es ja, was die Oberschlesier deutscher und polnischer Zunge aneinander fesselt. Mögen in der verblüfften Aufregung des Bürgerkrieges von beiden Seiten Mißverständnisse geschehen sein, mögen selbst reaktionäre Beamte, die im Namen der deutschen Regierung zu sprechen haben, eine Prestigepolitik verfolgen, die jenseits aller proletarischen Interessen liegt: die SPD. des am schwersten betroffenen Industriebezirks wie unsere Partei im übrigen Deutschland wissen sich frei von kleinlicher Rachsucht gegen einen irregeleiteten Volksteil. Wenn trotzdem eine Amnestie von den Bürgerlichen sowohl wie auch von manchen Parteigenossen abgelehnt wurde, so deshalb, weil die an früheren Aufständen beteiligten Polenführer sich immer wieder Eingang in die öffentliche Verwaltung und Polizei Oberschlesiens verschafft haben und jetzt im dritten Aufstand die Kerntruppe des Bürgerkrieges darstellen. Diese Elemente müssen künftig als friedensstörend aus der

Verwaltung ausgeschaltet werden. Ihr Leben, ihre Freiheit ist viel zu unbedeutend als daß irgendein verständiger Mensch ihnen nachstellen sollte. Hier mit oder ohne Amnestie einen Weg zu finden, der beiden Teilen gerecht wird, dürfte nicht zu schwer fallen.

Den Vertretern der Gewerkschaftsinternationale scheint entgegen zu sein, daß unter der Fuchtel des polenfreundlichen Herrn Le Rond der Versöhnungswille der oberschlesischen Bevölkerung bis an das Maß des Menschenmöglichen gegangen ist. In den Tagen, als man in Oppeln um die Räumung und ihre Bedingungen stritt, waren es die Vertreter der von den polnischen Sammelgruppen bedrohten Arbeiterschaft des Zentralreviers, die auf eine Versöhnungspolitik hindeuteten. Dagegen haben die polnischen Gewerkschaften Oberschlesiens die Unterzeichnung eines gemeinsamen Beruhigungsauftrags abgelehnt! In der oberschlesischen wie in jeder anderen Frage der auswärtigen Politik lehnen wir jede unschöne Prestigepolitik selbstverständlich ab. Aber wir hatten von den Vertretern der Gewerkschaftsinternationale auch nur ein Wort der Mahnung an die polnischen Gewerkschaften des Aufstandsgebiets erwartet.

Wir haben es bisher nicht gehört.

Die Räumung.

London, 23. Juni. (Unterhaus.) Chamberlain erklärte zur Konferenz Lord Curzon mit Briand, die Lage in Oberschlesien sei erschöpfend geprüft und dem Vorne einer progressiven Zurückziehung der Insurgenten und des deutschen Selbstschutzes zugestimmt worden. Die alliierten Streitkräfte, annähernd 20 000 Mann, sollen für die Aufrechterhaltung der Ordnung in dem geräumten Gebiete solange verantwortlich sein, als die Entscheidung des Obersten Rates über die zukünftigen Grenzen noch in der Schwebe sei. Es sei beschlossen worden, den alliierten Kommissionen in Oberschlesien jede mögliche Unterstützung sowohl am Orte selbst als auch durch Vorstellungen bei den Regierungen in Berlin und Warschau zu gewähren. Um die endgültige Lösung zu beschleunigen, sei ferner beschlossen worden, die Kommission zu fragen, ob sie nicht mit Rücksicht auf die geänderten Verhältnisse innerhalb angemessener Zeit einen gemeinsamen Bericht an Stelle der vor einigen Wochen abgegebenen Teilberichte erstatten könnte. Falls keiner dieser Wege als praktisch oder angängig angesehen werde, seien die alliierten Regierungen bereit, die Angelegenheit einem in London oder Paris tagenden technischen Ausschusse zu überweisen, um dem Obersten Rate bei seiner Entscheidung behilflich zu sein. Der Oberste Rat solle im nächsten Monat in Boulogne zusammentreten. Die Pariser Unterhandlungen seien durchaus im Geiste größter Freundschaftlichkeit getragen gewesen; der Wunsch der Mächte, im engsten Zusammenwirken vorzugehen, sei aufs neue zum Ausdruck gekommen.

Keine Kampffront mehr.

Oppeln, 23. Juni. (Eigener Drahtbericht des "Vorwärts".) Der deutsche Vorschlag, der von den Polen auch die Räumung von Hindenburg und Gleiwitz verlangt, ist am Dienstag Korsant zur Gegenüberstellung übermittelte worden. Auf einer Besichtigungsfahrt nach Guttentag war festzustellen, daß eine tatsächliche Kampffront zwischen Polen und Deutschen selbst nicht mehr besteht. Deutsche und Polen sind durch Engländer, Franzosen und teilweise auch Italiener voneinander getrennt. Die Insurgenten treiben ihre Umfassungsarbeit unter französischer Deckung durch Pfändung der Waren ein.

Die Insurgentenleitung warnt ihre Leute vor dem Genuß rohen Obstes, da bereits rote Ruhr ausgebrochen ist.

Grubenkatastrophen.

Von Otto Hue.

Seit etwa Halbjahresfrist haben sich auffallend oft größere Unglücksfälle im Bergbau Deutschlands ereignet. Die jüngste folgenschwerste Katastrophe, kostete über 80 Menschen das Leben. Woher diese Häufung von Massenunfällen? Ist sie ein unsegliger Zufall? Oder liegen die Folgen von Irrtümern, Veräumnissen, Verfehlungen oder gar von Verbrechen vor?

Der nun vom Reichstag eingesetzte Ausschuss zur Untersuchung der Ursachen einer Grubenkatastrophe — der erste dieser Art — wird nicht nur an die Untersuchung der letzten Unfallursache herangehen dürfen, sondern wird sich von der alten Erfahrung leiten lassen müssen, daß ein so großes Unglück, wie das auf Zeche Mont Cenis geschehene, in der Regel nicht eintreten kann, wenn der allgemeine Betriebszustand den schulpflichtigen Vorschriften entspricht. In diesem Fall kann sich gewiß noch eine lokale Gasexplosion ereignen, sie wird sich aber nicht zu einem Massenunfall auswirken.

Ueber die letzte, die sogenannte "eigentliche" Ursache der Katastrophe wird kaum eine unbestrittene Feststellung getroffen werden können, denn die Wissenden sind wahrscheinlich getötet. Es war ein merkwürdiges Schauspiel im Reichstag, daß sich manche Redner gegen die sofortige Einsetzung des Untersuchungsausschusses aussprachen, weil sie "überreife" sei, daß von bürgerlicher Seite aber schon an Tags vorher eine Interpellation eingebracht worden war, die von der Regierung Aufklärung über die Ursachen des Grubenunglücks beehrte!

Wie kommt es, daß seit der Periode 1881/90 die tödlichen Explosionen im Bergbau sich im allgemeinen sehr stark vermindert, während der Kriegsjahre aber wieder stark vermehrt haben? Die natürlichen Betriebsgefahren sind in den letzten drei Jahrzehnten nicht schwächer geworden. Man legte aber mehr Sorgfalt auf ihre Bekämpfung. Ist es etwa auch ein "Zufall", daß die Zahl der Explosionen im allgemeinen gesunken ist, seit es der Bergarbeiterverband endlich 1889 gelang, sich eine dauernde gewerkschaftliche Organisation zu schaffen, deren Presse ohne Furcht vor Personen und alt-hergebrachten Vorurteilen schonungslos in die Grubenheimnisse hineinkundete? Die stereotypen Redensarten von dem "unabwendbaren Schicksal" wurde immer sparsamer angewandt, je häufiger es uns gelang, die Unterlassung unfallverhütender Vorsichtsmaßnahmen zweifelsfrei festzustellen.

Die gewerkschaftliche Aufklärungs- und Erziehungsarbeit hat dann eine wachsende Zahl von Knappen zu kritischen Beobachtern der Betriebsverhältnisse gemacht. Und die bekannten "maßgebenden Kreise" mußten damit rechnen. Energischer wurde der Bergarbeiterkampf geführt, rückwärtslos die Ursache der Unfälle unter die kritische Lupe genommen. Die todbringenden Schlagwetter- und Kohlenstaubexplosionen verminderten sich sehr bedeutend.

Während des Krieges nahmen die Unfälle wieder bedeutend zu. Nachher, als Schlichteitverkürzung und eine gewisse Lohnsicherung durch die Tarifverträge erreicht worden war, verminderten sich wieder die Einzel- und die Massenunfälle, um sich neuerdings wieder auffällig zu vermehren. Woran liegt das?

Unser Rückblick hat gezeigt, daß der Unfallentstand eine gewisse Gesetzmäßigkeit zugrunde liegt. Fatalismus ist hier völlig unangebracht. Hängt etwa die kolossale Vermehrung der Belegschaften mit dem nun häufigeren Eintritt größerer Unglücksfälle zusammen? Besteht nicht ein Zusammenhang zwischen den gewaltig gestiegenen Materialpreisen und den auffallend häufigen Förderseilbrüchen? War es nicht notwendig, angesichts der beispiellos starken Belegschaftsvermehrung aus weit überwiegend bergbaufernen Arbeiterkreisen, den Kontrollapparat zu verschärfen? Man denke daran, daß bei der Eigenart des Untertagebetriebs ein ungeschulter Arbeiter aus Unkenntnis der Betriebsgefahren eine Katastrophe herbeiführen kann, wenn nicht ausreichende Sicherheitsvorkehrungen getroffen sind.

Gefährdet wurde auf der "rechten Seite des Hauses", als ich die Suspendierung des für die Sicherheit der Zeche Mont Cenis angestellten staatlichen Aufsichtsbeamten bis zur Klarstellung der Angelegenheit forderte. Das schon empfand man als eine Beschuldigung des Beamten. Was geschieht denn mit dem Zug- und Lokomotivführer oder mit dem Stationsvorsteher im Falle einer Eisenbahnkatastrophe? Sie werden bis zur Feststellung des Tatbestandes ihres Amtes enthoben. Wenn aber Grubenkatastrophen eingetreten sind, dann nimmt gerade der staatliche Aufsichtsbeamte, dessen Pflicht es ist, die Entstehung katastrophaler Betriebsmishandlungen zu verhindern, die Untersuchung in die Hand, die sich doch auch auf seine Tätigkeit erstrecken muß. Als im April d. J. auf Zeche Confrank in Bochum 19 Arbeiter durch eine Explosion ge-

isteten waren, erklärte der von dem staatlichen Auf-
sichtsbeamten herausgegebene Pressebericht bestimmt,
eine Kohlenstaubexplosion habe nicht stattgefunden. Nachtrag-
lich kam das Gegenteil zutage, und dann erfuhr man
auch, daß die Bergbehörde der Grubenver-
waltung die Einstellung der Staubberie-
lung gestattet hatte! Wer kann es den Arbeiter-
vertretern nach diesen und vielen ähnlichen Erfahrungen ver-
denken, daß sie sich gegen die Unterdrückung durch den
für die Betriebskontrolle verantwortlichen Aufsichtsbeamten
wenden?

Der Zustand, daß ein Mitbeteiligter die Untersuchung
führt, ist um so ungeheuerlicher, wenn man, wie das im
Reichstag geschehen ist, den „Betriebsrat“ als „mit-
verantwortlich für die Zustände“ anklagt! Wäre er das im
juristischen Sinne, wie viel mehr trifft das dann auf den
Vertreter der Bergbehörde zu! Dieser ist im
Hauptamt der Kontrollen mit weitgehender
Ermittlungsgewalt! Der Betriebsrat ist nebenamtlich zu
Kontrollen befugt ohne jede Ermittlungsgewalt! Die
klaglichen, raffiniert ausgetüftelten „Befugnisse“ der früheren
„Sicherheitsmänner“ (bekannt als „weiße Salbe“) sind auf
die Betriebsratsmitglieder übertragen. Sie können nicht kon-
trollieren, wann und wo sie wollen, sie sind durch das Gesetz
beschränkt und die meisten Werkverwaltungen tun ein
Uebiges, um das von ihnen als ein „Nebel“ betrachtete Be-
triebsratsmitglied möglichst iahm zu legen. Gewiß kommt es
auf die Persönlichkeit des Betriebsrats sehr viel an,
ob er sich durchsetzen kann. Aber alle „Persönlichkeit“ nützt
nichts, wenn die Befugnisse der Betriebsräte derart beschnitten
sind, daß die Betriebsräte von übelwollenden Unternehmer-
vertretern und einer die Bedeutung des Betriebsrates ver-
leumdenden Aufsichtsbehörde mehr oder weniger zu einer
bloßen Dekoration herabgedrückt werden können. Wir
haben längst für den Bergbau einen besonderen Kontrollappa-
rat gefordert in Gestalt von Hilfsinspektoren aus den Reihen
der Arbeiter (Arbeiterkontrollen). Mit aller Macht wird
dagegen angekämpft. „Sie sind noch nicht reif.“ Man macht
die Leute aber nicht „reif“ für ihre bedeutenden betriebswirt-
schaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben durch Hemmungen,
Schikanierungen oder hochmütige Ignorierung. Man will sie
eben nicht „reif“ werden lassen!

Der vom Reichstag eingesetzte Untersuchungsausschuss
muß von großzügigen Gesichtspunkten geleitet
an die Arbeit gehen. Dann wird er der Öffentlichkeit sehr
lehrreiche Einblicke in die gefährvolle Tätigkeit des Berg-
arbeiters verschaffen.

Fünf weitere Todesopfer.

Herne, 23. Juni. (WZB.) Von den in Krankenhäusern unter-
gebrachten 70 Verletzten der Zeche Mont Cenis sind bis vor-
mittags 10 Uhr insgesamt 5 gestorben. Bei weiteren 5 Schwerver-
letzten ist der Zustand nicht unbedenklich. Aus dem Berg-
mannshaus in Bochum konnten gestern von insgesamt 25 Verletzten
7 entlassen werden; weitere Entlassungen werden heute erfolgen. Im
katholischen Krankenhaus Sodingen—Boernig sind 32 Verletzte unter-
gebracht, für die keine Lebensgefahr besteht. Bisher sind 81 Tote
festgestellt. An den Rettungsarbeiten hatten die Rettungs-
kolonnen der benachbarten Zechen Shamrock 1/2 und 3/4, Erin,
Konstantin (zwei Schachtanlagen), Ewald, Teutoburgia, Lothringen,
Friedrich der Große, Julia und o. d. Herdt hervorragenden Anteil.
Die Bestattung der Opfer des Grubenunglücks findet am
24. Juni statt.

Die preussische Regierung hat an die Zeche Mont Cenis ein Be-
leidigungsgramm gefandt.

Die Freiburger Verhaftung. Zu den Verhaftungen in Frei-
burg wird gemeldet, daß nur zwei Personen, darunter ein
Offizier o. d. wegen Vergehens gegen die Reichsbestimmungen über
Geheimbünde und die Entwaffnung in Untersuchungshaft genommen
sind.

Wer ist zurzeit der größte Mann der Welt?

Diese echt amerikanische Frage bildet den Titel einer kleinen
Schrift in englischer Sprache, die mir aus New York zugeht. Sie
wird geschickt von der kürzlich gegründeten „Frauenfriedensge-
sellschaft“, die auf dem extremen pazifistischen Standpunkt steht, daß Ge-
walt unter allen Umständen zu verwerfen ist, auch in der Verteidigung.
Der Verfasser der Schrift heißt John Haynes Holmes und be-
zeichnet sich als Prediger an der „Gemeinschaftskirche“. Kirchliche
Auffassung tritt nicht hervor.

Für uns Deutsche ist zunächst interessant, daß Holmes im Beginn
seiner Schrift, daß man im Frühjahr 1919 den größten Mann sicher unter
den hervorragenden Führern des Weltkrieges geprüft hätte, die im
Januar 1919 in Paris versammelt waren. Doch nach dem, was in
Versailles und nach Versailles geschah, müßte man sagen, diese
Männer hätten die Probe nicht bestanden.

Nun stellt er drei Persönlichkeiten einander gegenüber, die, meint
er, wohl Anwartschaft auf Größe haben: Romain Rolland,
den Verfasser des Jean Christophe, Lenin und den Anderen Rohan-
dar Karamchand Gandhi, dem seine Landsleute den Beinamen:
Mahatma, der Heilige, gegeben haben.

Rolland ist ihm der große Idealist, der Seher, der das
Angebot des Weltkrieges vorausahnte, der es als seine Aufgabe ansah,
Deutschland und Frankreich gegenseitiges Verständnis zu lehren, der
ein Licht in die Dunkelheit der Zeit bringt. Aber er ist weltfremd,
er vermag nicht praktisch Dinge zu gestalten. Ganz im Gegensatz zu
ihm Lenin. Ein Organisator von ungeheuren praktischen Fähig-
keiten, der es verstand, die äußeren Feinde von seinem Lande abzu-
wehren und im Innern neue Staats- und Wirtschaftsformen zu
schaffen. Doch hart, grausam, gewissenlos in der Wahl seiner Mittel.
Vor nichts scheut er zurück, wenn er sein Ziel erreichen will. Holmes
sagt, Lenin sei völlig ohne moralischen Idealismus. Er habe weder
ethische noch geistige Grundsätze. Seine ganze Persönlichkeit sei der
Räpoleonismus 1. zu vergleichen.

Der Anderer Gandhi aber sei groß durch moralische Kraft,
die sich praktisch auswirkt. Sein Grundsatz ist, durch Be-
hartheit und Geduld zu siegen, ohne jemals Gewalt anzuwenden.
Und der Erfolg hat ihm recht gegeben, insbesondere in Südafrika.
Von 1893 bis 1913 war er dort mit den schmächtig unterdrückten
Indern, die unter einem harten Ausnahmestrich standen. Er orga-
nisierte bei ihnen einen andauernden passiven Widerstand. Sie leisteten
keinerlei Arbeit für die Weißen. Sie sammelten sich außerhalb
der Stadt auf dem Lande, erlitten sich dort selbst und lebten in frei-
williger Armut. In Zeiten der Not jedoch stellten sie sich der Regie-
rung hilfsbereit zur Verfügung. Endlich, nach 20 Jahren, gewann
Gandhi den Kampf, das Ausdrückgesetz gegen die Inder wurde be-
seitigt.

Zwei Jahre Mord.

So lautet der Titel eines Buches, das eine ebenso felt-
same wie erschütternde Statistik enthält: eine Statistik der
politischen Morde seit der Revolution und der Sühne,
die sie gefunden bzw. nicht gefunden haben. („Zwei Jahre
Mord“) von J. E. Gumbel mit einem Vorwort von Prof.
G. F. Nikolai. Verlag Neues Vaterland, Berlin W. 62.
Preis 6 Mark.)

Das Buch ist eine Anklageschrift. Es klagt die
Justiz an, es klagt auch die Regierungen seit der Revolution
an. Aus einigen Bemerkungen des Verfassers sind wir zu der
Annahme berechtigt, daß er unserer Partei nicht freundlich
gegenübersteht, daß er einen großen Teil der Schuld auf die
Männer der Sozialdemokratie wälzt, die seit 1918 in der Re-
gierung waren.

Um so weniger wollen wir dieses Buch totschweigen. Der
Schrei nach Recht soll immer gehört werden, gerade die
Demokratie soll die feinsten Ohren dafür haben. Der Schrei
nach Recht soll gehört werden, auch wenn die Anklage in ein-
zelnen Punkten abirrt und sich gegen falsche Personen richtet.

Der Verfasser des Buches behandelt in knappen Strichen
mehrere hundert Fälle von Tötungen (wobei allerdings Fälle
von Massenmorden mit der Vollzahl ihrer Opfer eingerechnet
sind). Begreiflicherweise wird man gegen Einzelheiten seiner
Darstellung hier und da starken Widerspruch erheben müssen.
Aber darauf kommt es nicht an. Im Prinzip, in dem, was er
beweisen will, ist die Darlegung des Verfassers schlüssig:
Sein Resultat, daß die Kommunisten einige Duzend, die
Reaktion einige hundert Morde auf dem Gewissen
haben, daß fast alle kommunistischen Morde streng
gefühlt wurden, während die reaktionären Morde ganz
oder so gut wie kraßfrei ausgingen — dieses Re-
sultat ist unanfechtbar. Verschwindende Ausnahmen
bestätigen nur die Regel.

Das Buch enthält an sich nichts Neues. Alle Einzelfälle
sind bekannt und gerade im „Vorwärts“, den der Verfasser
häufig zitiert, mit großer Sorgfalt und Ausführlichkeit be-
handelt worden. Um so erschütternder wirkt die Zu-
sammenstellung. Beim Lesen des Buches überkommt
einen das Gefühl der Ungeheuerlichkeit des heutigen
Rechtszustandes — wenn der Ausdruck gebraucht werden darf.

Gleichwohl trägt die Sozialdemokratie für diese Justiz, die
wir stets leidenschaftlich bekämpft haben, keine Verantwortung.
Nach der Revolution blieben im wesentlichen zwei Wege: ent-
weder nach kommunistischem Rezept den ganzen Justizapparat
zu erschlagen, ohne und ohne irgendein Erfolge vorhanden war.
Das hätte das Justizhaus bedeutet, die Herrschaft blanker
Willkür, im besten Falle Erhebung einer Klassenjustiz durch
eine andere, die sich von der vorhergehenden nur noch durch
völlige Sachkenntnis unterschieden hätte. Wollte
man diesen Weg nicht gehen, so blieb nur eins: Reform
und Umbau der Justiz. Das hätte in der Volksbeauf-
tragtenperiode durch einige Justizgesetze in die Wege ge-
leitet werden können, wenn damals auch nur eine
Wochenzeit und Ruhe für solche Dinge ge-
wesen wäre. Die Linksradikalen, die heute am meisten
über den Fortbestand der alten Justiz zittern, sollen sich immer
wieder erinnern, wer in den Dezembertagen 1918
und Januartagen 1919 jedes sachliche Arbeiten
durch Putz und Streik in Bermanenz un-
möglich gemacht hat. Hätten die Linksradikalen in
jenen Wochen mitgearbeitet, statt das gegenseitige Schädeln-
schlagen dem Proletariat als höchstes Ziel vorzugaukeln —
wir hätten längst eine andere Justiz!

Von dem Vorwort des Professors Nikolai können wir
sagen, daß es die rechten Worte und das rechte Gefühl aus-
spricht. Nicht Rache soll das Buch predigen, sondern
bessernd für die Zukunft wirken. Wir machen uns
gern zu eigen, was Nikolai in folgenden Sätzen ausdrückt:

„Schluß mit dieser Periode von Haß und Rache, von Ge-
walt und Willkür! — Mögen selbst die Feinde von Liebknecht
und seinen Genossen ungerächt vermodern, wenn nur aus

Gegenwärtig lebt Gandhi in Indien und steht dort führend in
der großen Revolutionsbewegung, die sich gegen die englische Herr-
schaft richtet. Auch da rät er zu passivem Widerstand. Nirgends
sollen die Inder mitwirken, nicht in den lokalen Gerichtshöfen als
Richter, nicht als Anwälte. Eltern sollen die Kinder nicht zur Schule
senden, Anhaber von Titeln diese aufgeben usw., aber nie Gewalt.
Er spricht die schönen Worte: Wir müssen unseren Kampf mit reinen
Waffen kämpfen, Wobstet durch Güte, Lüge durch Wahrheit besiegen.
Der Iste müssen wir mit Offenheit und Einfachheit, dem Terrorismus
mit Tapferkeit und Geduld im Seiden begegnen. Dies fordert Gandhi
nicht, weil Indien schwach, sondern weil es stark ist. Holmes meint,
bei Beharrlichkeit würde auch hier der Sieg denen um Gandhi zu-
fallen. Und er nennt ihn den Größten, weil er „zugleich träumt und
handelt“.

Zum Verständnis Indiens, in dem manche jetzt die uns erlösen-
den Wege der Weisheit suchen, mag auch das Bild des Mahatma
Gandhi beitragen, wenn auch vielleicht nicht jeder ihm den Preis des
größten Mannes der Gegenwart zugestehen wird.

Henni Lehmann.

Bergmannstod. Das furchtbare Grubenunglück auf der Zeche
Mont Cenis stellt uns die ganze grausige Tragik vor Augen, die
in dem Wort „Bergmannstod“ geschlossen liegt. Mitten in der
Arbeit, mitten im Leben mit all seinen lauten Hoffnungen und
Gedanken — ein jäher Knall, ein plötzliches Aufkommen, und die
Stätte des täglichen Luns ist in eine Hölle aus Feuer und giftigen
Schwaden verwandelt, aus der es kein Entkommen mehr gibt. Die
neue Katastrophe ist die größte seit jenem schrecklichen Unglück auf
der Zeche Robbador vor 10 Jahren, bei der 300 den Bergmannstod
starben. Andere große deutsche Grubenexplosionen, die voran-
gingen und die alle düstere Marksteine des „Bergmannstodes-
buchs“ sind, waren das Unglück auf der Lorinischen Steinkohlen-
grube bei Karmir 1884 mit 235 Toten, auf der Grube „Camp-
hausen“ bei Saarbrücken mit 181 Toten 1894, auf der Grube
„Kroßmühlgrube“ bei Bochum 1898 mit 119 Toten. Nicht immer
sind es Explosionen, die den Bergmannstod herbeiführen. Auf der
Zeche „Gustav“, die den diesmal betroffenen Flözern benachbart
liegt und auch in Willemsdorf gezogen wurde, wurden die Berg-
leute durch einen Schachtentwurf lebendig begraben. Eine Tragödie,
von deren Furchtbarkeit die ein ähnliches Schicksal behandelnden
Szenen des Jolaschen „Germinal“ nur eine schwache Vorstellung
geben können, spielte sich im Ruhrrevier ab. Die ganze Bevölke-
rung starrte und bangte für die da unten, von denen man wußte,
daß sie noch leben und denen man doch keine Rettung bringen kann.
Tage lang hörte man das Klappen und Rufen der sechs Eingee-
schlossenen. Tagelang hofften die dort unten, mit ihnen die Hun-
dertaufenden hier oben, daß es den Rettungsmannschaften doch noch
gelingen würde, einen Weg bis zu ihnen zu schaffen. Aber all-
mählich wurde das Klappen immer schwächer, das Rufen immer
leiser und schließlich ging mit der eintretenden Stille alle Hoffnung
zu Grunde. Erst nach vielen Wochen fand man sie und konnte beim
Anblick der Leichname nur noch das entsetzliche Martyrium ahnen,
das diesem Bergmannstode vorausgegangen war.

ihnen sich nicht neue Blutrache erhebt — wenn die heute Ge-
mordeten nur die letzten wären. Das Gefühl für un-
parteiliche Gerechtigkeit ohne Ansehen der Person
oder der Partei muß wieder erwachen. Ob Milde oder
Strenge walten soll, ist eine andere Frage, — aber was man
auch wähle — man messe mit gleichem Maß, dann
kommen wir wieder zur Achtung vor dem Ge-
setz und zur Verachtung der Verbrecher!

Pfemfert gegen Brandler.

Wir berichteten von dem Rüssel, den der KPD-Vor-
sitzende Brandler durch die Zentrale erhalten hat, weil er
in seiner Verteidigungsrede die Gewaltpolitik preisgab. Das
Borgehen gegen Brandler hat vielleicht unter einigem Druck
der KPD gestanden, denn deren Führer Franz Pfem-
fert fiel in seiner „Aktion“ über Brandler mit folgenden
Worten her:

„Herr Brandler, Fleischergeselle seiner seelischen Struktur
nach, war jetzt (als Obermacher der KPD) direkt verpflichtet, zu
begründen und zu verteidigen, was die KPD sich mit den gläubigen
Parteihängern in den Märztagen 1921 erlaubt hat. Endlich
war auch mal einem Obermacher der Organisation, die zum
„Pfeifen auf das Gesetz“ aufgerufen hatte, vergönnt, höchst-
persönlich zu „pfeifen“ und so mutig zu sein, wie die kämpfenden
Arbeiter Mitteldeutschlands. Herr Brandler vor Gericht war ein
unfähiger Jämmerling, ein feiger, wahrheitsfeindlicher Wad- und
Wiesenspolizist. Er ließ sich nicht los! Er lag, die Partei habe
nicht den bewaffneten Zustand und den Sturz der Regierung pro-
pagiert. Der Vorsitzende der KPD (Sektion der Dritten Inter-
nationalen) lag: „Nicht die Polizei, die Dritten Internationalen
geben die Richtung für unsere Politik.“ Er führte als Entlastungs-
moment die Tatsache an: „Im Verbreitungsgebiet der „Roten Fahne“
sind nirgends bewaffnete Aufstände vorgekommen!“ (Was sagt Ihr
nun, Ihr Opfer in Hamburg und Mitteldeutschland?) Herr Brandler
ließ sich vor Gericht durch Minister und Götterbesitzer bestärken,
daß er sanft, zahm, hold und lieblich sei. Das ist einer
Eurer Ober-Bonzon vor Gericht, arme KPD-Mitglieder!“

In einem hat die Kritik Pfemferts sicher recht: zwischen
den kommunistischen Theorien, die Brandler vor Gericht ent-
wickelt hat, und der täglichen Agitation der KPD, ist ein
himelweiter Unterschied.

In diesem Zusammenhang ist es aber interessant, daß die
„Rote Fahne“ das Auftreten von Max Höpfer vor Gericht
als ein Muster „unbeugbaren Proletariatsstolzes in unvergleich-
licher Rührtheit“ preist. Höpfer sei nur darauf bedacht gewesen,
vor den Schranken des Kassationsgerichts der Bourgeoisie die
heuchlerische Larve herunterzureißen, den Schrei des unter-
drückten Proletariats vor die Schranken des Blutgerichts
weiterzutragen. Das klingt fast wie ein Tadel gegen
Brandler.

Lumpen.

Die Mitteilung, daß der Reichspräsident den Ehrenvorsitz des
Oberschießer-Vereins übernommen hat, verleiht die „Rote
Fahne“ mit der Ueberschrift „Ehrt als Führer der Orgelbanditen“.
Dieselbe „Rote Fahne“ hat vor wenigen Tagen den Diffe-
renz der kommunistischen Oberschießer gegen die Korinth-Stroika
veröffentlicht.

Bedingte Begnadigung. Durch einen Erlass des Preussischen
Staatsministeriums vom 25. Mai d. J. wurde die den Gerichten er-
teilte Ermächtigung, die Vollstreckung gerichtlicher Freiheits-
strafen unter Bestimmung einer Bewährungsfrist auszuweichen
und ausgesetzt freizugeben, oder Geldstrafen, zu deren Erfolge die Frei-
heitsstrafen festgelegt sind, nach Ablauf der Bewährungsfrist zu er-
lassen, auch auf solche Fälle ausgedehnt, in denen die Freiheitsstrafe
mehr als sechs Monate beträgt. Jedoch darf in solchen Fällen
nur ein Teil der Strafe, der sechs Monate nicht
übersteigt, ausgesetzt werden. — Der Preussische Justizminister
hat nun unter dem 15. Juni eine allgemeine Verfügung
erlassen, durch die die bisher geltenden Ausführungsbestimmungen
vom 19. Oktober 1920 im Sinne des oben erwähnten Staats-
ministererlasses geändert und ergänzt werden.

Der neue Anzug. Heute hatte ich ihn zum ersten Male an,
den neuen Anzug. Gestern hatte ich ihn erst vom Schneider geholt.
Vier Monate hatte ich dafür arbeiten müssen, vier Monate
lang mußte ich mir ach gar so vieles verjagen, um nur einen neuen
Anzug zu erlangen.

Ich hätte es ja gern unterlassen, aber ich ging bereits so ziem-
lich in Lumpen — als Angestellter mit Stehrocken. Die Kollegen
im Geschäft schnitten mich, haben mich nicht mehr für voll an; auf
der Straße warf man mir bereits mißbillige Blicke zu, die kleinen
Mädchen wollten nichts von mir wissen.

Aber heute! Jetzt weiß ich erst, daß ich auch ein Mensch, ein
richtiger Mensch bin — und alles bloß wegen dir — Anzug.

Reine Vorgesehten im Geschäft sagten heute sogar „guten
Morgen“ zu mir. Ein Kollege bot mir eine „Caid“ an, ein anderer
wollte sogar hundert Mark von mir gepumpt haben.

Und erst die kleinen Mädchen (oder bilde ich mir das bloß ein)?
Rein, das ist nicht zu beschreiben.

Jetzt denke ich schon mit Frauen daran: wenn dieser Anzug
nicht mehr neu ist, dann ist alles wieder vorbei, dann bin ich wieder
wie vorher ein Mensch zweiter, ja dritter Klasse.

Doch heute bin ich ja noch ein „Gentlemen“, wenn ich auch
Hunger habe (denn all mein Geld verbrauchte dieser verdammte
Anzug).

Ja, Kleider machen Leute!

K. L.

Ausländische Ehrungen für die deutsche Wissenschaft. Die Ver-
einigung der katolischen Ärzte hat einstimmig beschlossen, auf
ihrem Kongress in Barcelona eine Huldigung für die wissen-
schaftliche Arbeit Paul Ehrlichs und seiner Schule zu ver-
anstellen.

Der sozialistische Abgeordnete Rassi hat an den italienischen
Unterrichtsminister die Anregung gerichtet, das Institut Emil
Behrings auf Capri, das mit dem übrigen deutschen Eigentum
beschlagnommt war, in Betracht des Verdienstes des deutschen
Gelehrten um die Menschheit der Witwe zur Rückgabe zu über-
lassen. Der Antrag ist gut gemeint, aber die Witwe wird es hoffent-
lich ablehnen, gestohlenen Gut teilweise zurückzunehmen. Etwas
anderes wäre es natürlich, wenn eine allgemeine Beschlagnahme
aller Villen in Italien stattgefunden hätte.

In der „Schweizerischen Medizinischen Wochenschrift“ wird ein
von zahlreichen Schweizer Chirurgen unterzeichneter Auf-
ruf veröffentlicht, der gegen den seinerzeit erfolgten Ausschluß der
deutschen Chirurgen vom Internationalen Chirurgen-Kongress pro-
testiert.

Jugendbörse. Mittwoch, den 20. Juni, nachmittags 3½ Uhr,
im Theater des Westens eine einmalige Aufführung von „Ein
von Dornheim“ als Sondervorstellung für die Jugend statt.
Sommertheater. Das Schauspiel „Die Schöne und das Schreckliche“
von Karl Schönherr. Der Autor hat sein Werk persönlich
mit der Kritik einstudiert. — In Jolles Caprice wird am 1. Juli
die Sommeroperette mit der Operette „Prinzessin vom Rill“ er-
öffnet.

Lucille Weingartner, die Gattin Felix Weingartners, ist nach einer
Krankheit am 27. Juni im Alter von 77 Jahren gestorben. Sie war als
Sopranistin unter ihres Gatten Leitung früher an der Hofoper tätig.
Später trat sie als Gast in Oper und Konzert auf.

Zentralisation des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts.

Beamten-, Angestellten- und Arbeitervertreter in Verwaltungsdeputationen.

Die Stadtverordnetenversammlung arbeitete gestern Reste auf, die vom Dienstag übrig geblieben waren. Die diesmal wiederholte Abstimmung über das für die Stadtverwaltung zu beobachtende Verfahren brachte den Unabhängigen und den Kommunisten einen Reizfall. Um die Versammlung wieder beschlußfähig zu machen, stürmten sie hinaus. Sie unterließen aber, für Feststellung der Beschlußunfähigkeit zu sorgen. Unter schallendem Gelächter, bei dem sie verdühte Gesichtsmasken machten, wurde der Beschluß proklamiert. Sie müssen ihren Redeschuß noch zurückhalten, weil erst der Ausschuss arbeiten soll. — Die notwendige Zentralisation des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts wurde glücklich unter Dach und Fach gebracht. Es war höchste Zeit, daß die aus dem Ausschuss zurückkommende Vorlage endlich erledigt wurde. Zum 30. Juni läuft die Amtsdauer der bisherigen Beisitzer des Gewerbe- und Kaufmannsgerichts ab. — Die Vorlage wegen Hinzuziehung von Vertretern der Beamten, Angestellten und Arbeiter zu den Verwaltungsdeputationen entfesselte noch einmal eine Debatte. Daß den Schaffenden der ihnen gebührende Einfluß auf die Verwaltung gesichert werden muß, betonte unser Genosse Protat. Die Vorlage wurde von den drei Fraktionen der Linken gegen alle Bürgerlichen angenommen.

Sitzungsbericht.

Nach der Eröffnung der Sitzung (5 Uhr 5 Minuten) teilt der Vorsitzende Dr. Wegl den Eingang eines Dringlichkeitsantrages mit, wonach den

Arbeitern auf den städtischen Gütern

ein Zuschlag von 10 Proz. zu den Bezügen zugesprochen werden soll. Müller (U. Soz.) bittet, gegen die sofortige Verhandlung keinen Widerspruch zu erheben; es handle sich um einen Millionenbetrag der Stadt, der gefährdet sei, wenn der Streik der Gutsarbeiter fortbauere. — Von der Rechten wird gleichwohl Widerspruch erhoben. Der Antrag kommt daher erst in der nächsten Sitzung zur Beratung.

Zur Beratung steht zunächst das neue Ortsstatut für das Gewerbe- und Kaufmannsgericht der Stadtgemeinde Berlin. — Die Vorlage ist am 8. Juni an die Versammlung gelangt und einem Ausschuss überwiesen worden. Der Magistrat schlägt für das Gesamtgebiet ein Gewerbe- und ein Kaufmannsgericht vor; daneben sollen noch Bedarf Klageaufnahmestellen und in den Vororten, wo ein Bedürfnis dafür vorhanden ist oder sich herausstellt, besondere Gerichtsstellen eingerichtet werden. — Der Ausschuss hat die Vorlage mit einigen Änderungen zur Annahme empfohlen. Ein schriftlicher Bericht liegt nicht vor; mündlich referiert Panjow (D. Sp.) über die Ausschussverhandlungen.

In der weitestgehenden Erörterung, die sich an den mündlichen Bericht knüpft, werden von sämtlichen Rednern der Parteien auf der Rechten, auch vom Zentrum, von der Wirtschaftlichen Vereinigung und von den Demokraten zahlreiche Bedenken gegen die Vorlage und gegen die Ausschussbeschlüsse geltend gemacht. Bemängelt wird die späte Einbringung der Vorlage, die Ueberbahrung des Zentralisationsbegriffs, die Unzulänglichkeit bzw. Unzweckmäßigkeit der Klageaufnahmestellen und der Gerichtsstellen; verlangt wird die Schaffung von Gewerbegerichten für jeden der 20 Bezirke und die Statuierung eines entsprechend geänderten Wahlverfahrens. Da die Ausschussfassung niemand befriedigt, wird Zurückverweisung an den Ausschuss beantragt.

Brückner (Soz.): Das Verlangen nach je einem Kaufmanns- und Gewerbegericht für jeden Bezirk ist nach dem Vorlauf des Gesetzes unstatthaft. Das Ortsstatut in der Form, wie es vom Magistrat vorgelegt ist, reicht völlig aus. Zur Befestigung stehengebliebener Unebenheiten beantragen wir im Verein mit den Unabhängigen Sozialdemokraten Änderungen dahin, daß im § 2 des Ortsstatuts für das Kaufmannsgericht die

Zahl der Beisitzer von 250 auf 500 erhöht wird; ferner wollen wir die Amtsdauer der Beisitzer von 6 Jahre auf 3 Jahre verkürzen.

Stadttrat Brühl legt dar, daß den Magistrat ein Verschulden an der getadelten späten Einbringung der Vorlage nicht trifft. Für die sofortige Erledigung der Vorlage und für die erwähnten Änderungen des Soz. und U. Soz. spricht sich auch Ostrowski (Komm.) aus.

Die Zurückverweisung an den Ausschuss wird abgelehnt, ebenso der Antrag der Deutschnationalen, das Ortsstatut als unzureichend und nicht den Gesetzen entsprechend abzulehnen; gegen diesen Antrag stimmen auch die Demokraten. Ueber den Antrag v. Eynern (D. Sp.), in den einzelnen Bezirken Kammern zu errichten, wird namentlich abgestimmt; das Ergebnis ist die Ablehnung mit 88 gegen 55 Stimmen.

Darauf wird das Ortsstatut in der Ausschussfassung mit den Anträgen Brückner angenommen.

Eine Entschließung des Ausschusses, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, eine Rotverordnung zu erlassen, die die bestehenden Gerichte bis zum Zusammenritt der neuen, längstens jedoch bis zum 30. September weiter in Funktion beläßt, gelangt ebenfalls zur Annahme.

Hierauf wird die Abstimmung über die Frage nachgeholt, ob die Staats-Generaldebatte

nachmals ausgenommen oder bis zur Berichterstattung des Staatsausschusses verschoben werden soll. Vor der Abstimmung verlassen die Unabhängigen Sozialdemokraten und die Kommunisten den Saal; mit großer Mehrheit wird beschlossen, von der Staatsdebatte für heute abzusehen.

Der erweiterten Hinzuziehung von

Vertretern der Beamten, Angestellten und Arbeiter

mit beratender Stimme zu den Sitzungen der Deputationen und ständigen Ausschüsse, wie sie der Magistrat in einer Vorlage vom 25. April in Vorschlag gebracht hat, tritt Dethleffen (Dnat.) in längerem Vortrage entgegen. Rechtliche und tatsächliche Bedenken ständen im Wege; die Unbefangenheit der Beschlußfassung werde ebenso wie die Geheimhaltung der Beschlüsse gefährdet. — Magistratsrat Dr. Franz zerstreut die rechtlichen Bedenken des Vorredners. — E. H. (Komm.) hält im Gegensatz zu Dethleffen die Teilnahme dieser Vertreter für unerlässlich; die Vorlage gebe, wenn sie für jede Deputation 3 Vertreter in Aussicht nehme, eigentlich noch nicht weit genug. — Dethleffen (U. Soz.) wendet sich namentlich dagegen, daß, wie Dethleffen behauptete, die Versammlung gar nicht berechtigt sei, einer solchen Vorlage zuzustimmen. — v. Eynern (D. Sp.) wirft dem Magistrat vor, daß er hinsichtlich des Wesens der Deputationen gar keinen Unterschied macht, daß für jede Deputation die Beamtenkammern und die Betriebsräte die Vertreter zu benennen haben. Viele Deputationen hätten doch mit der Produktion nicht das mindeste zu tun und

die Zeit der Arbeiter- und Soldatenräte sei vorbei, man werde lediglich den einzelnen Verwaltungen Fremdkörper aufspröpfen.

Protat (Soz.): Nach Art. 165 der Reichsverfassung und bei der Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist die Mitwirkung der Betriebsräte in den Deputationen usw. im wirtschaftlichen Interesse des Wiederaufbaues trotz Herrn Dethleffen und Herrn Koch eine absolute Notwendigkeit. Das Gleiche gilt von der Beamtenvertretung. Beide Vertretungen werden ihr Recht, das ja mit beratender Stimme ausgedrückt wird, nicht missbrauchen.

Nach Ablehnung der Zurückverweisung erklärt die Mehrheit ihr Einverständnis mit der Vorlage und ersucht den Magistrat, zum Zweck der Durchführung Richtlinien für die Bezirksämter aufzustellen.

Die Vorlage wegen Erhebung einer Steuer auf Kraftdrohnen wollen die U. Soz. nicht verhandeln, da sie verhindert waren, an der betreffenden Ausschussung teilzunehmen; ihr Antrag auf Ablehnung wird mit 67 gegen 59 Stimmen angenommen.

Die neue Satzung der Deputation für das Gesundheitswesen wird nach kurzer Erörterung unverändert angenommen. Schneider (U. Soz.) begründet den Antrag Dr. Wegl und Genossen, das Polizeipräsidium zu ersuchen, gewisse ihm durch das

Lichtspielgesetz

eingeräumte Befugnisse (Genehmigung der Filmreklame, Zulassung von Filmen über Tagesereignisse und von Filmen, die lediglich Landshäften darstellen, Genehmigung von früher hergestellten und noch nicht zugelassenen Filmen) auf das Jugendamt der Stadtgemeinde Berlin zu übertragen; die Ortspolizeibehörde soll zugleich den

von den Bezirksjugendämtern mit der Ueberwachung des Lichtspielwesens usw. betrauten Personen die Eigenschaften polizeilicher Hilfsbeamten verleihen. — Frau Ködiger (Dnat. Sp.) sieht auch die Filmzensur für ungenügend an, will aber die Befugnis der Polizei nicht einschränken, sondern sie nur ermächtigen, bei der Ausübung ihrer Befugnis entsprechend der Gepflogenheit der Filmprüfstelle Sachverständige heranzuziehen. Für diesen Antrag erklärt sich auch Bierbach (D. Sp.). — Dr. Michaelis (Dem.) lehnt beide Anträge ab. — Schließlich gehen auf Antrag Böhm (Soz.) beide Anträge an einen Ausschuss.

Ein Antrag der Soz. ersucht den Magistrat um eine Vorlage, in der die

Einrichtung einer „Offenen Tür“

getroffen wird, also einer Anstalt, in der jederzeit Kinder aufgenommen werden können, auch wenn sie nicht armenrechtlich hilfsbedürftig sind. — Den Antrag begründet Frau Schmidt (Soz.). Ihr schließt Frau Demming (U. Soz.) an. — Nach weiterer, zum Teil erregter Aussprache wird der Antrag fast einstimmig angenommen.

Zuletzt wird der Antrag aller Parteien, die Linie 61 der Straßenbahn wieder bis Bergstraße—Seggahausen zu lassen, dem Magistrat (Verkehrsdeputation) als Material überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 10 Uhr.

Die Hölz-Aktion der Kommunisten.

Dem Ausruf der beiden kommunistischen Parteien, gegen das Urteil Hölz zu protestieren, waren die Anhänger der Parteien in ziemlich Anzahl gefolgt, obwohl die Gesamtbeteiligung, auch durch das schlechte Wetter beeinflusst, bei weitem nicht den Erwartungen entsprach. Die Hölz-Aktion wurde von den Kommunisten in den umfangreichen Vorbereitungen gemacht hatten. Um nur ein Beispiel zu nennen: An der Gustav-Mayer-Allee, dem Sammelpunkt des Nordbundes, sammelten sich zur festgesetzten Stunde einige hundert Personen mit Fahnen und Plakaten.

Der in Aussicht genommene Platz an der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche war inzwischen von etwa 1000 Neugierigen umlagert. Man sah viele Kriegsbeschädigte unter der Menge. Eine halbe Hundertschaft Sipos hatten mit Karabinern und Handgranaten an der Kirche aufgestellt genommen, fand aber, soweit wir es übersehen konnten, keinen Grund zum Einschreiten. Privatautos mit komfortabler Einrichtung umfuhren den Platz, Photographen standen knipsbereit.

Von den Sammelpunkten waren die Leute inzwischen auf dem Schloßplatz zusammengekommen und machten an verschiedenen Stellen halt. Vor dem Denkmal Wilhelms I. wurden Ansprachen gehalten. Dann zogen Trupps vor den Haupteingang des Schloßes, nahmen dort Aufstellung und schauten den Rednern, die vom Denkmal des „Prinzen von Rastau“ Ansprachen hielten. Der kommunistische Redner betonte, daß das Urteil gegen den „Genossen“ Hölz eine Herausforderung der gesamten Arbeiterklasse sei. Hölz sei ein echter Revolutionär und kein Blünder. Die Arbeiterklasse müsse sich um das Banner der BAPD. scharen, weil nur diese den endgültigen Sieg verbürgt. Nachdem der Redner beendet, erklarte ein Schwerkrriegsbeschädigter mit einem Bein und zwei Rücken das Denkmal und forderte auf, den bereits vorausgeschickten Stoßtrupp der BAPD. nach der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zu folgen und sie dort in ihrer Aktion zu unterstützen. Der Referent wendet sich dagegen und warnt, die Kraft des Proletariats in Teilkaktionen zu verzetteln. Darauf ruft der Invalide dazwischen: „Wer nicht nach der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche mitgeht, ist ein Sch...ter.“ Die Menge zeigte nicht die geringste Lust, dieser Parole zu folgen, widersprach ihr und zog ab. Einige gestikulierende Gruppen unterhielten sich noch über die „beste Form der Abschaffung der Bourgeoisie Herrschaft“ und man hörte einen Redner ganz deutlich rufen: „An allem haben die Gemerkelhaften Schuld. Sie sollten erst mal ihre Unterstellungen abschaffen, dann wird das Volk auch zur Bestimmung kommen.“

Der Biograph.

Am letzten Tag des Prozesses nannte Hölz den Ludwig Bergmann einen „elenden Verleumder“. Am Tag darauf, in ihrer Hölznummer, kündigt die „Rote Fahne“ eine Biographie des Mag Hölz an. Verfasser: Ludwig Bergmann.

Onkel und Nefte.

Der Tod des Buttergroßhändlers Eitner.

Unter der Anschuldigung des schweren Raubes mit Todeserfolg hat sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts I der Kaufmann

Die Rächer.

Roman von Hermann Wagner.

12] Reiser lächelte, als berührte ihn das Ueberlaute des Protestes nicht im geringsten. „Gut,“ sagte er, „so gehen wir.“

Es dämmerte schon, und Reiser schlug eines der vornehmsten Restaurants vor, in dem sie anständig soupierten könnten.

Ein Auto brachte sie in wenigen Minuten hin. „Oh,“ sagte Reiser, indem er über die Schwelle des Lokales trat, „welch ein Leben!“

Er hob seine Stimme, als wüßte er die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken, was ihm auch gelang, denn an mehreren Tischen wandte man sich nach ihm um.

Sein Begleiter zeigte auf einen Tisch, der frei war. „Wollen wir vielleicht hier?“

„Warum hier?“ gab Reiser zurück. „Soll man uns nicht sehen?“

Und er schritt, alle Anwesenden mustern, nach der Mitte des Lokales, nahm geräuschvoll Platz und befahl dem Kellner in lautem Ton, die Wein- und Speisensorten zu bringen.

Er schien sich außerordentlich wohl zu fühlen und sprach den Speisen und dem Wein tüchtig zu, ohne sich freilich dadurch davon abhalten zu lassen, die Unterhaltung laut weiterzuführen.

Es war, als reize es ihn, den gepflegten und vornehmen Leuten, die rings um ihn saßen, zu zeigen, daß er ihre Formen verachte. Aber er ging darin doch nie so weit, daß er die Grenzen dessen, was gerade noch zulässig war, überschritten hätte. So machte er alles in allem den Eindruck eines lebhaften Temperamentes, dessen Blut durch den Wein in Wallung geraten war.

„Die Dummköpfe!“ sagte er, indem er mit einer hochmütigen Bewegung seines Kopfes auf einen Tisch zeigte, an dem Leute saßen, die ihn offenbar erkannt hatten und die nun, die Köpfe zusammenstreckend, miteinander tuschelten. „Jetzt starren sie mich noch an! Wollen Sie wissen, daß ich sie in einigen Monaten dahin bringe, mich zu grüßen?“

Er dämpfte seine Stimme und sprach mit der Miene eines Menschen, der in seine eigenen Worte verliert ist, von seinen Plänen.

Was er erstrebte, war vor allem eines: viel Geld zu erwerben. Nicht aus Habgier stellte er sich dieses Ziel, nicht weil ihn eine schmutzige Neigung zum Gelde hindrängte, — nein, nur um sich und der Welt zu beweisen, wie hoch ein Mensch, der hartnäckig, zäh und kalt seinen Willen auf ein einziges Ziel eingestellt habe, steigen könne.

Um seinen Mund lag, während er sprach, ein Zug bitterer Härte. Wieder musterte er mit einem Spott, der in sich selbst verfallen schien, die Leute ringsum.

Nein, es gab nichts, nicht das geringste mehr, das ihn noch mit ihnen verband. Er stand allein. Und er wollte allein stehen, denn er wußte, daß genug Kraft dazu in ihm war. Und diese Kraft verdankte er dem Gefängnis, das ihm die vier nützlichen Lehrjahre seines Lebens geliefert und in dem er zudem den einzigen Menschen kennen gelernt hatte, der ihm Respekt einflößte.

Er bedeckte das Gesicht mit beiden Händen, als denke er angestrengt nach. Und seine Stimme war völlig verändert, als er dann sagte: „Können Sie es sich vorstellen, daß es einen Menschen gibt, der, um ein Ziel zu erreichen, zwölf Jahre Gefängnis in Kauf nimmt? Und der die Riesenkraft in sich spürt, diese Strafe ungebrochen zu überstehen? Der Stunde zu Stunde, Tag zu Tag, Woche zu Woche legt, der die Wochen zu Monaten formt und die Monate zu Jahren und der dann zählt: noch elf Jahre, noch acht Jahre, nur noch sechs, nur noch vier Jahre —? ... Und der warten kann? Immerzu warten?“

Er machte eine hohlerfüllte Geste. „Einen solchen Mann kenne ich. Ich habe mit ihm im Gefängnis gelebt, und ich habe es von ihm gelernt, Geduld zu haben und zu warten. ... Und wissen Sie, was ihm die Kraft gibt, so lange geduldig zu sein? ... Der Haß! Der Haß, den jeder Gefangene gegen die in sich trägt, die in Freiheit leben dürfen. Und mit dem er den Tag erwartet, an dem er sich rächen kann!“

„Rächen? An wem?“ In der Stimme des Geschäftsführers zitterte das geheime Widerstreben des braven alt-eingefessenen Bürgers, der seine ererbten Ideale gegen den brutalen Einbruch eines Fremden verteidigen möchte.

„An wem? An der Welt! An der ganzen Welt, die sein Feind ist und die er haßt!“

„Wie?“ fragte mit dem sanften Augenaufschlag des Biedermannes der Geschäftsführer. „Was kann die Welt dafür, daß einer bestraft wird, der sich gegen die Gesehe vergangen hat?“

„He? Wer hat denn den einen dazu getrieben, sich gegen die sogenannten Gesehe zu vergehen?“

„Die Welt?“

Die Augen Reisers verdrehten sich auf höchst merkwürdige Weise, so, daß man einen Moment nur das Weiße in ihnen sah. „Ja, die Welt! Sie war es, nur sie! Denn alles, was einen dazu treibt, etwas zu tun, was gegen die Gesehe verstößt, liegt in der Welt, liegt in jedem einzelnen Menschen darin! Niemand tut etwas, was auch nicht ebenfögt ein anderer tun könnte! Und doch kehren sich alle immer gegen den einen, der der zufällige Täter ist, in blindem „ewigem Haß!“

Mit einem Seitenblick auf die Tür, die sich geöffnet hatte, unterbrach er sich plötzlich. Sein Gesicht verzog sich zu einem häßlichen Lachen. Er stieß seinen Begleiter heftig an. „Sehen Sie! Kennen Sie die beiden?“

Der Geschäftsführer hatte nicht Zeit zu antworten, denn die beiden, die soeben eingetreten waren, ein Mann und eine junge Frau, näherten sich jetzt der Mitte des Lokales.

Der Geschäftsführer war rot geworden, machte den Versuch, sich abzuwenden, erhob sich aber dann doch und grüßte.

Beide dankten, der Mann mit einem Lächeln, die junge Frau mit einem leichten Neigen des Kopfes, bis, ... bis sie mit einem Male beide in ein verzerrtes Anlächeln sahen, das sie regungslos anstarrte. ...

Die junge Frau stieß einen leisen Schrei aus.

Ihr Mann stieg sie schnell und wollte sie lächelnd beruhigen. „Aber Erna ...“

Doch sie klammerte sich zu Tode erschreckt mit beiden Händen an ihn und drängte ihn nach dem Ausgang zu, wo ein Kellner, der den Vorgang beobachtet hatte, ihnen rasch die Tür öffnete und sie diskret wieder hinter ihnen schloß.

Reiser warf den Kopf hoch, lachte hart und sagte so laut, daß man es an den benachbarten Tischen hören konnte: „Ja, das war einmal meine Braut!“

(Fortf. folgt.)

Tourenverein „Die Naturfreunde“. Dringgruppe Berlin G. H. Sonnen-
abend, den 25. und Sonntag, den 26. Juni, Sonnenwandern mit der Ucker-
land. Vorabend: Treffs. 5.15 Uhr Bahnhof Gollubundenen (Platz) Radfahr-
er. Sonntag: Treffs. 5 Uhr abends Berliner Fernbahnhof. Ferner können
speziell Wege Langer werden: ab Cottbus Fernbahnhof 2.50, 4.10, 5.35, 6.10
bis 8.30 Uhr. Fahrt bis Oberwolf. — Der Bezirk Oberpfalz orientiert
am Sonntag, den 25. d. M., seine diesjährige Sonnenwandern mit der Sol-
tungen in Gollubundenen. Musik, Getränke, Regatta, Volkskinder. Ge-
heimen aller Mitglieder ist Pflicht. Bitte mitkommen.

Justizdebatte — Angestelltenversicherung.

Im Reichstag teilte am Donnerstag Präsident Loh mit, daß der von den Polen verschleppte Abg. B. a. s. (Soy.) seine Freiheit wiedererlangt hat.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung der Abg. Dr. Korsch (D. Sp.) und Bogner (H. Soy.) wegen Verleumdung wird verweigert. Das Lohnsteuergesetz geht an den Steuerrat.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes zur Änderung des Gerichtsverfahrgesetzes.

Die Reichsregierung soll durch eine Entschließung, die der Ausschuss vorlegt, um baldige Einführung eines Sondergesetzes über ein obligatorisches und unentgeltliches Güterverfahren ersucht werden. Abg. Dr. Rosenfeld (H. Soy.) lehnt die Vorlage als eine Schädigung der minderbemittelten Bevölkerung ab.

Abg. Kadowitz (Soy.): Auch wir haben Bedenken gegen die Vorlage und nehmen sie nur in der bestimmten Erwartung an, daß bald ein Sondergesetz über ein unentgeltliches Güterverfahren außerhalb der Zivilprozessordnung vorgelegt wird.

Abg. Dr. Herfeld (H. Soy.) lehnt ab.

Das Gesetz, in zweiter und dritter Lesung nebst der Entschließung angenommen, tritt am 1. August in Kraft. In zweiter und dritter Lesung angenommen wird ein neues Gebührengesetz für die Auslandsbehörden; die Regierung hat zugestimmt.

Die Postgebühren zwischen Deutschland und Österreich möglichst bald zu beseitigen.

Es folgt die dritte Beratung eines Gesetzes über den

Waffengebrauch des Grenzaufsichtspersonals.

Entwürfe Müller-Franken (Soy.) verlangen, daß bei erkennbar gefährlichen Verletzungen nicht von der Waffe Gebrauch gemacht werden darf. Gegen freigeschossene, die sich der Festnahme durch die Flucht entziehen, soll der Waffengebrauch nur zulässig sein, wenn er dem Festgenommenen für den Fall eines Fluchtversuches angedroht worden ist und überhaupt, wenn er zur Erreichung des gesetzlichen Zweckes erforderlich ist. — Der Ausschuss verlangt in einer Entschließung eine zusammenfassende gesetzliche Regelung des Waffengebrauchs des Militärs und der Beamten.

Abg. Dr. Kadowitz (Soy.): Für das Grenzpersonal, das meistens aus Militärs besteht, bedeutet das Recht des Waffengebrauchs schon eine Pflicht; das muß verhindert werden. Dadurch, daß Sie (noch rechts) unsere Entwürfe abgelehnt haben, haben Sie das neue Gesetz noch unter die Dienstvorschrift des Jahres 1914 für den Waffengebrauch gestellt. Wir werden die Paragraphen über den Waffengebrauch bei der Flucht rundweg ablehnen und wünschen eine sofortige Regelung durch die Regierung.

Abg. Rittau (H. Soy.): Der Gesetzentwurf ist brutal und unannehmbar. Eine besondere Gefahr für die Bevölkerung liegt darin, daß man die Grenzbeamten, die ihren Dienst in Zivilkleidung ausüben, als solche nicht erkennen kann. In der von der Regierung angeforderten Dienstvorschrift haben wir keine Garantie. Auch wir lehnen die Paragraphen über den Waffengebrauch bei der Flucht ab.

Abg. Fries (H. Soy.) lehnt ebenfalls den Gesetzentwurf ab.

Die sozialdemokratischen Entwürfe werden mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien abgelehnt. Die Vorlage wird in der Ausschussfassung angenommen.

Es folgen eine Anzahl Nachtragsentwürfe. Die Haushaltspläne des Reichspräsidenten, des Reichsministers, des Reichsfinanzministers, des Reichsjustizministers und des Reichsjustizministeriums werden ohne wesentliche Aussprache angenommen. — Zum Haushalt des Reichsjustizministeriums ergreift das Wort der

Abg. Rosenfeld (H. Soy.): Wo bleiben die Reformen, die aus unserer Justiz eine wirkliche Rechtspflege machen sollen? Wir fordern

Wahl der Richter durch das Volk

und Beteiligung der Arbeiter an Schöffengerichten und Schwurgerichten. Die durch den sozialdemokratischen Antrag, den der Reichstag angenommen hat, geforderte Nachprüfung aller Sondergerichtsurteile findet nicht statt. Das Reichsgericht hat die Aufschubverträge bekräftigt, obwohl Rekrutierungsverfahren ausdrücklich von der Amnestie ausgenommen waren. Hingegen ist Traugott v. Jagow, obwohl er beim Kapp-Putsch eine Führerschaft spielte, amnestiert worden. Die Verurteilung über die Prozesse gegen die Kriegsverbrecher war sehr mangelhaft. Wo bleiben die Anlagen gegen die intellektuellen Urheber dieser Verbrechen?

Reichsjustizminister Schiffer:

In der Angelegenheit Kulow habe ich die Akten eingefordert und werde sie prüfen. Die Amnestie ist zugunsten des Herrn v. Jagow nicht angenommen worden. Der Oberreichsanwalt beschäftigt sich jetzt damit, sich über die Erhebung der Anklage schlüssig zu machen. Die Kriegsverbrecherprozesse in Leipzig hier zu erörtern, ist der Deutsche Reichstag um so weniger berufen, als die französischen und englischen Parlamente noch mit ihrem Urteil zurückhalten. (Beifall.) Die Wahl der Richter durch das Volk lehnt die Reichsjustizverwaltung nach wie vor ab. Die Verfassungsmäßigkeit der bayerischen Volksgerichte kann nicht angezweifelt werden. (Beifall.)

Abg. Herfeld (H. Soy.): Daß sich die Klassengegensätze so zuspitzen haben, davon ist in erster Linie die Justiz schuld. Schuld aber auch die Revolution, die die alte Rechtspflege nicht in Grund und Boden gestürzt hat.

Abg. Dr. Rosenfeld (H. Soy.) fordert den Justizminister auf, mehr Dampf hinter die Vorlagen zu machen, durch die den Frauen die Gleichberechtigung in der Rechtspflege gewährt wird.

Es entspinnt sich eine längere Kontroverse zwischen dem Justizminister und dem Abg. Rosenfeld. Dieser ersucht die Sozialdemokraten um eine Erklärung, ob sie noch auf dem Boden der hier geäußerten Auffassung des Abg. Müller-Franken stehen.

Abg. Kadowitz (Soy.): Die Auslegung unseres Antrages durch Dr. Rosenfeld ist zutreffend, dagegen die Anschauung des Justizministers falsch. Wir haben uns speziell mit diesem Antrag an den Reichstagler gewandt in der Absicht, daß eine besondere Nachprüfungsstelle für sämtliche Urteile geschaffen wird.

Reichsjustizminister Schiffer: Ein in diesem Sinne gestellter Antrag wäre verfassungswidrig. (Große Unruhe.) Denn die Verfassung legt dar, daß der Minister innerhalb seines Ressorts eine durchaus selbständige Politik verfolgen kann. In dieser Angelegenheit ist allein das Reichsjustizministerium zuständig. Ich halte mich daher an den Antrag.

Abg. Müller-Franken (Soy.): Es handelt sich um einen Verfassungsantrag, den der Reichspräsident nach Verständigung mit dem Reichskanzler oder auch dem Reichsjustizminister von sich aus vornehmen kann. Unser Antrag entspricht durchaus der Verfassung.

Reichsjustizminister Schiffer bleibt bei seiner Auffassung. — Damit schließt die Debatte. — Der Haushalt des Reichsjustizministeriums wird angenommen, ferner eine Entschließung, die eine Statistik über die Rechtspflege der Sondergerichte fordert.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzesentwurfes über die Änderung der Angestelltenversicherung.

Die Vorlage bringt die Herabsetzung der bisherigen Grenze für die Versicherungspflicht über 15 000 M. hinaus bis zu 28 000 M.

Abg. Giebel (Soy.):

Dieser Gesetzesentwurf hat große Entrüstung und Erregung unter den Angestellten hervorgerufen. Die vorgelegten Beitragsätze haben einen niederschmetternden Eindruck gemacht. Aus einem mir zugegangenen Briefe kann man sehen, wie erbittert die Beamtenschaft ist. Es heißt da: Die einzige Antwort der Angestellten auf ein solches Gesetz sei der Generalstreik. Die Klassifizierung des Entwurfes können wir ohne weiteres annehmen. Die Beiträge werden jetzt schon als zu weitgehend empfunden, die Vorlage sieht aber eine weitere Steigerung bis auf das Vierfache vor. Dabei sind die Angestelltengehälter nur um das 6. bis 8fache gestiegen, die Lebensverhältnisse aber um das 12- bis 15fache! Bei Schaffung des Gesetzes sollte man Rücksicht nehmen auf die gut bezahlten Angestellten. Die Erhöhung der Versicherungsgrenze auf 28 000 M. genügt bei weitem nicht mehr, wir werden im Ausschuss für 40 000 M. einreten. In dem schlechten Stand der Angestelltenversicherung sind die enormen Verwaltungskosten schuld. Wir begrüßen es, daß das Kontingenzsystem endlich durch das Beitragskontingenzsystem ersetzt wird. Ueber die Notwendigkeit der Beitragshöhe müssen wir ein mathematisch genaues Gutachten fordern.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Angestellten sind rechtzeitig von der Vorlage benachrichtigt; eine Erhöhung der Renten war schon lange gefordert. Die Mehrzahl der Angestelltenorganisationen ist für die Vorlage eingetreten. Der Reichswirtschaftsrat ist nicht damit befaßt worden, weil es sich um ein Rotgesetz handelt.

Darauf verzichtet das Haus auf Freitag 1 Uhr: Anfragen, kleine Vorlagen, beschleunigte Erhebung des Reichsnotopfers, Haushaltspläne. Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Es bleibt bei fünf Klassen!

Im Reichstagsausschuss für Beamtenangelegenheiten wurde am Donnerstag über einen fast allseitig unterstützten (im „Vorwärts“ am Montag ausführlich gewürdigten) Antrag verhandelt, die Ortsklassen D und E vollständig zu streichen. In einem Schreiben an den Reichstagsausschuss betonen die Spitzenverbände, daß die bestehende Spannungsverhältnisse zwischen den Einkommensverhältnissen und den Ortsklassen unzureichend und unhaltbar sei. Als erste und dringende Forderung verlangen sie die Beseitigung der Stoffelung nach Ortsklassen bei den Teuerung- und Kinderzuschlägen, weiterhin fordern sie den Abbau der Ortsklassen D und E ohne Rinderung der Ortszuschläge für A-C. Besonders betonen sie aber, daß bis zu dem im Rotgesetz vorgesehenen Endtermin, also bis zum 1. Oktober d. J. die endgültige Einklassifizierung sämtlicher Orte erfolgt sein müsse. — Der Antrag, nur die Ortsklassen festzusetzen, wurde mit 9 gegen 8 Stimmen abgelehnt. — Angenommen wurde dagegen ein Antrag Dr. Maft (D. Sp.), daß die weiteren Vorarbeiten für das endgültige Ortsklassenverzeichnis auf der Grundlage von 5 Ortsklassen erfolgen soll, unter der ausdrücklichen Voraussetzung, daß gleichzeitig mit der Beseitigung des endgültigen Ortsklassenverzeichnisses die gegenwärtigen, das bestehenden Verhältnissen keine Rechnung tragende Stoffelung der Kinder- und Teuerungszuschläge nach Ortsklassen in Wegfall kommt.

Mieterschutz und Reichsmietengesetz.

Im Wohnungsausschuss des Reichstags wurde am Donnerstag die Geltungsdauer des Gesetzes über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel bis zum 31. März 1922 verlängert. Dabei wurde auch eine Bestimmung angenommen, die zum Schutze der Mieter eine Beschränkung der Zwangsvollstreckung sichert.

Der Ausschuss hielt dann eine erste allgemeine Aussprache über das Reichsmietengesetz.

Der Deutschnationale Guttschmidt schmähte für Mietssteigerungen bis zu 25 Proz. des Einkommens. Ob es nach seiner Auffassung nicht besser werden. Genosse Solmann erwiderte, daß es

ein Todesurteil für viele Deutsche

sein würde, wenn man sie durch Freigabe des Wohnungsmarktes zwingen würde, ein Viertel ihres Einkommens für die Wohnung, auf die sie doch nicht verzichten könnten, auszugeben. Von Sozialisierung sei in dem Regierungsentwurf keine Spur. Er bringe lediglich den allernotwendigsten Schutz der Mieter gegen wucherische Ausbeutung und lasse dem Hausbesitzer im übrigen das volle Verfügungsrecht über sein Eigentum. An eine freie Wirtschaft im Wohnungswesen sei gar nicht zu denken. Die Sozialdemokratie werde versuchen, dem Gesetz eine möglichst zweckmäßige Form zu geben und werde sich bemühen, die Verwaltungsorganisation so zu treffen, das möglichst wenig neue Beamte geschaffen werden müßten.

Am selben Tage fand im Reichstags eine freie Besprechung zwischen dem Bund deutscher Mietervereine, den Spitzengewerkschaften und Vertretern der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt. Für unsere Fraktion gaben die Genossen Silbermann und Solmann den Vertretern der Mieter Erklärungen ab, die diese vollständig befriedigten. Die bürgerlichen Fraktionen des Reichstags hatten der Einladung überhaupt nicht Folge gegeben.

Wirtschaft

Wiedergutmachung und Weltproduktion.

Die durch starken Kauf amerikanischer Dollars durch Deutschland bewirkte Steigerung der amerikanischen Valuta drückt — weil der Dollar das gegenwärtige Standardgeld der Welt ist — in gleichem Maße auf den Wert des Geldes der anderen Staaten. Frankreich und England haben schon Alarmrufe über die Schädigung ihrer Valuta ausgesprochen und verlangt, daß die Berechnung der deutschen Leistungen in Dollars die deutschen Dollarkäufe, die dadurch nötig werden, abgehandelt werden. Nun regt sich auch Amerika. Der amerikanische Handelsminister Hoover fordert jetzt, daß die von der Reparationskommission beschlossene Zahlungsplan nicht weiter verfolgt werde, weil dadurch die Interessen Amerikas geschädigt würden. Amerika hat nämlich keine Ursache, mit dem hohen Stand seiner Valuta zufrieden zu sein. Die überragend hohe Kaufkraft seines Geldes schädigt seine Stellung auf

dem Weltmarkt und seinen inneren Industriemarkt in doppelter Hinsicht. Erstens kann Amerika mit dem teuren Dollar so viel in der Welt einkaufen, daß dadurch die Fabrikation im eigentlichen Lande für den inneren Bedarf gehemmt wird; die ausländischen Industrieprodukte sind natürlich um vieles billiger als die mit hohen amerikanischen Löhnen erzeugten — die amerikanischen Duffeln kann nicht mehr konkurrenzieren. Zweitens sind die auswärtigen Staaten, die sonst amerikanische Waren gekauft haben, nicht mehr in der Lage, bei dem teuren Dollarkurs so wie früher von dort zu beziehen. Und außerdem werden sie wie wo von anderen Ländern mit billigeren Valuta die gleichen Waren hergestellt werden wie in Amerika, auf den Markt nichtamerikanischer — also billigerer — Waren verfallen. Der amerikanische Weltmarkt ist gefährdet. Die Arbeitslosigkeit muß in selbigen Maße steigen, je wertvoller der Dollar ist.

Die Unzulänglichkeiten sind die notwendige Folge der Reparationsforderungen. Diese werden gerade der Produktion der Entente Staaten auf das Schwerste schaden, wenn nicht den interalliierten Regierungen die Einsicht Platz greift, daß diese Weise eine Hebung der Gütererzeugung der Welt unmöglich ist.

Wirtschaftsmarkt und Gewerkschaften. Im Volksmilde Ausschuss des Reichstags wurde die Aussprache über die Wirtschaftslage fortgesetzt. Genosse Börsen führte Klage, daß Schwelldau italienische Arbeiter beschäftigt worden während in den Städten die Erwerbslosenziffern steigen. Im letzten Bericht der Sitzung wurde Kritik an den am Mittwoch Staatssekretär Hirsch bekanntgegebenen Zahlen geübt. Staatssekretär Hirsch betonte, daß die mitgeteilten Zahlen richtig seien. Von mehreren Rednern wurde betont, daß mit Geld den Erwerbslosen nicht geholfen ist. Arbeit muß geschaffen werden. Wenn jeder Arbeitsfähige untergebracht werden soll, dann muß die Umstellung unserer Industrie eine Aufgabe der Regierung sein. Diese Umstellung planmäßig vorzunehmen.

Befreiung Auslandsdeutscher von der Ausfuhrabgabe. Reichswirtschaftsminister hat dem Bunde der Auslandsdeutschen mitgeteilt, daß Auslandsdeutsche, die zum Wiedererwerb ihrer Existenz im Auslande hierzu bestimmte Güter ausführen wollen, von der Ausfuhrabgabe befreit sein sollen, wenn der Wert der ausgeführten Güter 200 000 M. nicht übersteigt. In 2 nachfolgenden Jahren kann auch für Güter von mehr als 200 000 M. Ausfuhrabgabe erlassen werden. Für den Fall der Ausfuhrabgabe ist der Reichsminister für Aus- und Einfuhrbewilligung Berlin W 10, Lützowufer 6, 8, zuständig, bei einem Werte von mehr als 200 000 M. der Reichswirtschaftsminister und Reichsminister Finanzen.

Frangisierung der französischen Elektrizität und Gasversorgung. Die unter Führung der Stadt Saarbrücken vor zehn Jahren gegründete Elektrizitäts- und Gasversorgungs-Gesellschaft Saarbrücken u. S. ist durch Uebergabe des größeren Teils des Aktienbesitzes französische Hände in die Saarland-Lothringen-Elektrizitäts u. Gasversorgung umgewandelt worden. Auch der im Saargebiet liegende Teil des Elektrizitätsnetzes soll angegliedert werden.

Amerikas Goldverlustrum. „Chicago Tribune“ teilt aus Washington mit, daß nach Ermittlungen des Schatzamts der gesamte Goldbestand der Vereinigten Staaten in privater oder öffentlicher Hand gegenwärtig annähernd dreizehn Milliarden Dollar betrage. Das seien etwa zwei Drittel des gesamten Goldbestandes der Welt.

Aus aller Welt.

Verführerische Dampfer.

Es sind in den letzten Wochen mehrere amerikanische Dampfer verschwunden, zum Teil auch ohne Besatzung. Instrumente und Papiere wieder aufgefunden worden — einer umweit Gibraltar. Jetzt behauptet die nordamerikanische Polizei, es seien 18 Monaten (!) bei Durchsuchungen des Hauptquartiers der Verbände russischer Arbeiter in den Vereinigten Staaten und Kanada Schriftstücke beschlagnahmt worden, aus denen hervorgehe, daß die amerikanischen Schiffe planmäßig auf offener See beschlagnahmt und nach Sowjetrußland geschickt werden sollten. Und wenn man das wahrte, konnte man nichts dagegen in Amerika tun, da die amerikanische Flotte nicht abliefern müßte.

Ein Woermann-Dampfer zurückerworben. Der seinerzeit in der Entente beschlagnahmte, aber für die damals nötigen Osttransporte unter deutscher Flagge belassene Dampfer Woermann ist wieder in den Besitz der Woermann-Linie übergegangen. Der Dampfer wurde seinerzeit bei der Beschlagnahme nach dem üblichen Verfahren von der deutschen Regierung enteignet. Jetzt ist der Dampfer vom Reich wieder an die Woermann-Linie zurückverkauft worden und wird von dieser nach Erledigung der nötigen Zoll- und Zollarbeiten Anfang Juli wieder in den Aktendienst eingekleidet. Der Dampfer wurde in der Ostsee, besonders in der Ostsee, befördert deutscher Kriegsgefangener aus Rußland verwendet.

Deutsche Gefängnisbeamte. Durch den Dornumder Volkskommissar Schenk wurde auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft der Vorsteher des Gefängnisses Gries und zu weiteren Gefängnisbeamten verhaftet. Sie wurden in ein auswärtiges Gefängnis gebracht. Es sollen noch weitere Verhaftungen von Gefängnisbeamten bevorstehen. Es handelt sich um umfangreiche Durchsuchungen, die sich die Beamten zu Schulden haben kommen lassen. Im Gefängnis sollen von Gefangenen, die auf Geld nicht zu sehen brauchen, regelrechte Gefolge und feste Gefolge worden sein.

Hinrichtungen in Bayern. In Rempten im Allgäu wurde gestern früh durch Reichswehr das Todesurteil gegen den 37-jährigen Johann Schmid und den 23-jährigen Hans Meier durch Erschießung vollstreckt. Sie hatten die Ehefrau Schmid's auf grauenhafte Weise ermordet.

Erf. Paß, dann Feuerlöscher! Der jetzt zu Italien gehörende Bahnhof auf dem Brenner brennt lichterloh; die Feuerwehr der österreichischen Grenzbahnen Gries eilt zu Hilfe — wird aber von den italienischen Grenzpösten nicht durchgelassen, weil sie keine Erlaubnis „Einreiseerlaubnis“ hatte. So ist's richtig, da seit 1. Juni zum Ausgleich ein italienisches Militärauto auf der Strada Sankt-Andreas-Richtung einen Arbeiter niedergefahren und weitergerollt, ohne sich weiter darum zu kümmern.

Briefkasten der Redaktion.

Christliche Anstalt wird nicht erstellt.

Briefliche Anstalt wird nicht erstellt. — Jeder für den Briefkasten bestimmten Briefe muß einen Vordruck und eine Nummer haben. Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 1. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 2. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 3. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 4. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 5. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 6. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 7. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 8. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 9. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 10. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 11. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 12. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 13. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 14. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 15. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 16. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 17. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 18. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 19. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 20. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 21. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 22. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 23. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 24. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 25. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 26. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 27. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 28. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 29. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 30. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 31. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 32. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 33. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 34. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 35. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 36. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 37. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 38. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 39. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 40. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 41. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 42. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 43. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 44. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 45. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 46. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 47. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 48. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 49. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 50. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 51. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 52. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 53. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 54. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 55. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 56. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 57. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 58. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 59. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 60. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 61. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 62. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 63. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 64. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 65. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 66. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 67. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 68. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 69. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 70. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 71. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 72. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 73. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 74. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 75. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 76. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 77. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 78. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 79. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 80. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 81. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 82. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 83. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 84. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 85. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 86. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 87. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 88. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 89. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 90. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 91. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 92. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 93. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 94. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 95. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 96. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 97. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 98. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 99. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 100. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 101. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 102. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 103. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 104. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 105. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 106. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 107. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 108. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 109. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 110. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 111. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 112. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 113. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 114. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 115. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 116. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 117. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 118. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 119. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 120. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 121. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 122. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 123. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 124. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 125. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 126. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 127. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 128. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 129. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 130. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 131. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 132. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 133. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 134. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 135. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 136. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 137. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 138. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 139. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 140. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 141. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 142. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 143. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 144. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 145. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 146. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 147. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 148. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 149. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 150. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 151. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 152. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 153. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 154. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 155. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 156. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 157. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 158. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 159. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 160. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem Vordruck geschrieben sind, werden nicht angenommen. 161. Bei Briefen, die auf dem Vordruck geschrieben sind, werden die Briefe, die nicht auf dem V

Wesentliche Verschlechterung der Regierungsvorlage.

Der Entwurf sieht für alle Beamten des Reiches, der Länder, der Gemeinden und Gemeindeverbände vor, daß

2. können nach der Ausschussfassung fakultativ bei den Dienstver-
gesetzten der mittleren Instanz Bezirksbeamtenausschüsse zur Ver-
tretung für diese Instanz errichtet werden.

Nach der Auszufassung ist die Gruppenwahl vorgesehen, die ganze Beamtenschaft wird nach der Befoldungsordnung in drei Gruppen geteilt. Die unterste Befoldungsgruppe umfasst die Gruppen I bis IV, die mittlere die Gruppen I bis IX und die höhere Gruppe die Gehaltsgruppen über IX. Jede Gruppe wählt ihre Mitglieder für sich.

Bemerkenswerth für den Charakter der Vorlage ist, daß eine irgendwie ausschlaggebende Mitentscheidung der Beamtenauschüsse in ihr nicht enthalten ist, daß vielmehr bei einer Differenz zwischen dem Ausschuß und einem Vorgesetzten nicht etwa ein Schlichtungsausschuß entscheidet, sondern daß in letzter Instanz der höchste Dienstvorgesetzte Entscheidungsbefugnis hat!

An Stelle des Namens „Beamtenräte“ ist der Name „Beamtenausschüsse“ gesetzt. Während die Regierungsvorlage die Einsetzung von Bezirksausschüssen zur Regel erheben wollte, haben die Ausschüsse ihre nur fakultative Einrichtung beschlossen. Gegen wenige Stimmen, darunter gegen die Stimme Württembergs, nahm das Plenum des Reichsrats den Gelehenentwurf nach den Beschlüssen der Ausschüsse an.

Nach diesem Aussehen, das die Vorlage über die Beamtenausschüsse angenommen hat, erscheint es außerordentlich fraglich, ob sie in der Beamtenstärke, insbesondere aber bei den unteren Beamten, eine so weitgehende Befriedigung auslösen wird, wie der Referent Ministerialdirektor v. Rühl ein hervorhob.

Die Senate von Hamburg, Bremen und Lübeck hatten an d

die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichspräsidenten vorzuschlagen, die Ausführung seiner Bestimmungen unter 1. 2 und 3 der Verordnung über die deutsche Flagge vom 11. April 1921 auf längere Zeit, vorläufig bis zum 30. Juni 1922 hinauszuschieben.

Wie wir erfahren, hat der Reichsrat am Donnerstag diesem Antrage zugestimmt. Das ist außerordentlich bedauerlich. Anstatt den Reichsrath in die Richtung zu verschaffen, unterstützt der Reichsrat einen reaktionären Vorstoß gegen diese. Es ist zu hoffen, daß die Reichsregierung diesem Treiben gegenüber fest bleibt und nicht vergißt, daß durch derartige Beschlüsse das Ansehen der Republik ganz empfindlichen Schaden erleidet. Und das ist doch nur der Zweck dieser Treibereien.

Beim Nachtragsetzt 1921 des Reichemeßministeriums vor dem

1870

preußischen Hauptausbruch ging unter D.

reaktionär gesinnten Offiziere bei der Schupo
ausbleibt. Wehe dem Beamten, der dasselbe macht. Der würde ohne
weiteres entlassen. Wir fordern auch für die Vollzeitsbeamten freie

Gen. Braun (Soz.) betonte, daß der Ausnahmezustand in Ostpreußen unbedingt zu beseitigen ist, denn unter diesem blühen die

Orgesch und Selbstschutzhorganisationsen ruhig weiter, und die rechtsstehenden Blätter leisten dabei noch Hilfe, indem sie Verbeannungen dieser Art ohne weiteres aufnehmen. — Was die Personalpolitik anbetrifft, so ist es eine Errungenschaft des neuen Systems, daß auch die Beamten sich frei betätigen können. Wenn die frühere Staatsregierung anlässlich des Kapp-Zufluges Beamten entlassen oder sie mit einer Geldstrafe belegt hat, ohne daß eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet wurde, so erklärte er demgegenüber, daß die Disziplinarorgane zum großen Teil besungen sind. Zu diesen habe das Vertrauen gefehlt.

aligen Reichseisenbahnen in Elbst-Gott

Zum Schluß der offiziellen Reden traten die Claqueure, die ihre Sache recht zaghaft befochten, in Tätigkeit. Die zumeist wohlgenährten, unsicher dreinschweifenden Gesalten merkten wohl das langsam heraufziehende Gewitter und als ein ermüdeter Zuhörer, der von seinem Regierungsvortreter gern einige Worte in seiner Muttersprache gehört hätte, rief:

„Dusch wolle mer heeret“.

entstand ein allgemeiner Tumult, an welchem man merkte, daß dieser Wunsch allen aus der Seele kam. Der Vorstehende hatte die Unverfrorenheit, daraufhin ziemlich kühn zu erklären, daß wir in Frankreich sind und daß nicht deutsch gesprochen würde. Damit stieß er in das Wespennest des Stammesgefühls der Anwesenden. Die Bogen der Unruhe gingen recht hoch, sodaß, als Senator General Hirschauer, der nun im Tone eines Wachtmeisters, der vor einem Regiment steht, zu reden begann, die Geduld der Anwesenden ziemlich erschöpft war. Auf recht militärische Weise erklärte er, nicht gut deutsch sprechen zu können, es auch gar nicht zu wollen und begann vom Reichtum Glück-Brührens zu reden (Zwischenruf: Und wir sind so arm!). Er hielt sich etwas damit auf, wobei ihm aus hundert Rehen

„Kolonie“
entgegengerufen wurde. Seine Bemerkung, daß die Abstimmung der Eisenbahner für Kasak die Auszahlung der an die Eisenbahner versprochenen 140 Millionen verhindert hätte, schlug dem Kaiser rollenden den Boden aus. In größter Erregung protestierten unsere Genossen unter großem Tumult gegen diese Zuehrungen und die ganze Versammlung war in Aufruhr. Recht schmeichehafte Bemerkungen flogen den Herren an den Kopf. Dem verduht dastehenden General

braufte die „Internationale“ um die Ohren. Im allgemeinen Lärmstimmung gelang es keinem Redner mehr, sich hörbar zu machen. Im allgemeinen Trübel befiel Kamerad Grech die Tribüne und kündigte an, daß eine Versammlung der Gewerkschaften sofort anrufend stattfinden und daß die Herren Deputés und Senateurs zur Diskussion ein, volle Redefreiheit garantierend, während sich die hinter eine diskussionslose Konferenz verschanzt hätten. Nachdem die Versammlung sich in einigen Minuten beruhigt hatte und die Selben mit ihren vielgeliebten Deputés usw.

das Feld geräumt hatten, wurde die Versammlung neu eröffnet. Sie endete mit der Annahme einer Resolution, die den schärfsten Protest gegen die beabsichtigte Verschärfung des elbisch-thüringischen Eisenbahngesetzes an die Comp. de l'Est ergeht. Die Versammlung erwartet die Erlebigung ihrer Fragen nur von den Arbeitervertretern in der Kammer und spricht zugleich den Referenten Serot, Hirschauer und Charbon ihr tiefes Mißtrauen aus.

Die Versammlung beauftragte das Bureau, die Haltung des Generals Hirschauer, der einer zumißt deutschsprechenden Versammlung gegenüber die deutsche Sprache verweigerte, festzuhalten.

Oppeln, 22. Juni. (WIB.) Nach zuverlässigen Mitteilungen

Im reichsten Land — kein Geld.

Paris, 23. Juni. (D.R.) In Oberschlesien macht sich, wie hier bekannt, bereits ein außerordentlicher Geldmangel fühlbar. Die Banknoten lösen höchstens noch 10 Proz. der ihnen vorgestellten Scheine ein. In Königshütte mußten bereits provisorische Banknoten ausgegeben werden. Die französischen Banken erklären sich bereit, auf eine Besserung hinzuwirken. Ihre Vertreter werden sich in den nächsten Tagen über die notwendigen Maßnahmen schüssig machen.

Kaiserlich deutscher Selbstschutz.
Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet seinem Blatte aus Oberschlesien, daß an der ganzen deutschen Front nicht eine einzige republikanische Fregge zu sehen ist. Dagegen wehen bei allen Truppenteilen des deutschen Selbstschutzes schwarz-weiß-rote Fahnen. Viele Mannschottscheine sind mit Hakenkreuzen geschmückt. Diese Demonstration gegen die deutsche Republik ist natürlich den Erzfeinden des Selbstschutzes hochwillkommen, da sie ihn auch noch als Gefahr für das Reich selbst hinstellen können!

nal officiel de Haute Silésie", das amtliche Orga

	deutsch	polnisch
Kreis Benthien	74 565	73 128
Lofel	36 274	12 218
Gleiwitz	52 353	56 193
Groß-Strehlitz	22 415	23 026
Hindenburg	45 192	43 261
Kattowitz	75 666	70 019
Königshütte	31 854	10 761
Kreuzburg	43 484	1 783
Leobischütz	65 176	267
Publinia	15 473	13 670
Ober-Olgau	33 030	4 423
Oypen	76 960	25 638
Riesch	18 676	53 371
Ratibor	49 343	20 755
Rosenberg	25 837	11 150
Rybnitz	27 919	52 367
Tarnowitz	17 076	27 513
zusammen	709 348	479 747

Nach der am 11. d. M. erfolgten Feststellung der 2. A. haben im Gesamt-
abstimmungsgebiet 691, also 43 Proz. Gemeinden eine polnische
Mehrheit und 845, also 53 Proz. Gemeinden eine deutsche Mehrheit.
In drei Wahlkreisen, nämlich Arcusburg, Großschön und Ober-
Glogau, gibt es nach der am 11. d. M. erfolgten Feststellung überhaupt keine Ge-
meinden mit polnischer Mehrheit, während es keinen Kreis gibt,
in dem nicht auch Gemeinden mit deutscher Mehrheit vorhanden sind.
Selbst in den Kreisen, die die größte Prozentzahl polnischer Stimmen
aufgebracht haben, nämlich in den Kreisen Plesch und Kabinitz, gibt
es 10 bzw. 17 Gemeinden mit deutscher Mehrheit. Im ganzen Ab-
stimmungsgebiet ist eine einzige Stadt mit polnischer Mehrheit
festzustellen, nämlich Alt-Berun im Kreise Plesch. Kein deutsche
Gemeinden, in denen keine polnische Stimme abgegeben worden ist,
gibt es im ganzen 89. Kein polnische Gemeinden, d. h. solche, in
denen keine deutsche Stimme abgegeben worden ist, gibt es im
ganzen Abstimmungsgebiet überhaupt nicht.

Wie immer man das Abstimmungsergebnis auch betrachtet, die deutsche Mehrheit (60 Proz. gegen 40 Proz. der Stimmen und 55 Proz. gegen 45 Proz. der Gemeinden) ist unbefristet und so groß, daß die rechtliche Begründung der deutschen Forderung auf Befestigung ganz Oberschlesiens bei Deutschland nicht angezweifelt werden kann.

ni. (1898.) Auf dem hi

Zwei polnische Munitionswaggons auf bisher noch unerklärte Weise explodiert. In weitem Umkreise sind die Bahngleise und Weichen unbrauchbar geworden. Von den umstehenden Häusern sind die sämtlichen Fenster und Türen herausgerissen worden. Nach vorsichtiger Schätzung beläuft sich der Schaden auf 35 Millionen Mark. Von dem polnischen Kommandanten wurde eine Anzahl deutscher Kaufleute der Stadt Rdnitz verhaftet, da man den Deutschen die Schuld an der Explosion in die Schuhe zu schieben sucht. Die Regierung in der Stadt ist ungeheuer. Den Bemühungen des italienischen Kreiskontrollieurs gelang es noch nicht, die Verhafteten freizubekommen. Der Kreiskontrollieur telegraphierte an die Interalliierte Kommission, daß für ihn persönlich noch (1) keine Gefahr bestehe.

Riga, 23. Juni. (DZ.) Der Sowjetkommissar für Post

Telegraphenweise gibt bekannt, daß noch im Laufe dieses Monats auf Anregung Sowjetrußlands in Riga eine Konferenz der Postverwaltungen von Deutschland, Rußland, Finnland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Lettland, Litauen und Polen stattfinden werde. Der Postverkehr mit England habe tatsächlich schon vor dem Abschluß des Abkommens begonnen. Mit Deutschland hat Sowjetrußland außer dem vorläufigen Abkommen noch ein Sonderabkommen getroffen, wonach die deutsche Postverwaltung sich verpflichtet, die sowjetrussische Post nach der Färsch-Slawaki, Deutschösterreich und Dänemark weiterzuleiten. Ebenso sei der Durchgang der Post und Telegramme durch Litauen und Lettland sichergestellt. Außerdem hat Sowjetrußland mit der Dänisch-Nordischen Telegraphengesellschaft einen Vertrag abgeschlossen, wonach der Letzteren das Recht eingeräumt wird, ihre asiatischen Telegramme über die russischen Telegraphenlinien in Sibirien zu leiten.

uni. (G.B.) Die Mitglieder des

dem Kanton Tessin, mit Ausnahme der Sozialisten, haben eine Interpellation eingebracht, die den Bundesrat frägt, wie er den Teil der Kammerdeputierten Mussolinis beurteilt, der sich auf den Kanton Tessin bezieht und ob er mitteilen kann, welches der Wortsinn und die Bedeutung der Volksschaft Gabrielle D'Annunzio an die jungen Tessiner ist, sowie, ob er nicht glaube, daß zwischen dieser Volksschaft und der Reihe Mussolinis einerseits und der förglich in Lugano entstandenen Faschistenorganisation andererseits Wechselbeziehungen bestehen. Ferner wird Auskunft darüber verlangt, ob Maßnahmen gegenüber dieser Faschistenorganisation geplant sind und ob der Bundesrat es nicht für notwendig halte, für den guten Ruf des Tessin und im Interesse der herzlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und Italien gegen die beleidigende Einschuldigung, als ob der Kanton Tessin entartet und germanisiert wäre, Protest einzulegen.

Die Faschisten morden in Italien täglich Sozialisten. — Sollte den Schweizer Sozialisten diese Interpellation zu „patriotisch“ sein?

Fabriola und Violitti.

Rom, 23. Juni. (CP.) Giolitti hat die Demission des Arbeitsministers Labriola (Ref. Sez.) abgelehnt und ihn ersucht, auf seinem Posten zu verbleiben. Labriola beharrte jedoch auf seinen Rücktritt, worauf ihm der Ministerpräsident weitere 24 Stunden Bedenkzeit einräumte. Nach Ansicht der Regierungskreise wird indessen auch der endgültige Verzicht Labriolas keine unmittelbare Rückwirkung auf die Lage des Cabinets haben. Die dem Grafen Sforza von der Oppositionspresse zugeschriebene Rücktrittsabsicht entfahre jeder Grundlage. Der Minister des Aeußern flügelte vielmehr an, daß er in der Kammer die gegen seine Politik erhobenen Angriffe nächstens beantworten werde. — Paris kann zufrieden sein!

23. Juni. (Dtl.) Der Präseft von Bolz

die Stadt den Belagerungszustand verhängt, da sich schwere Ausbreitungen der Fäscisten ereigneten. Auf dem Plage Bittor Emanuel kam es zu Schießereien zwischen Fäscisten und Polizei. 25 Fäscisten wurden verletzt. In der Stadt sind an verschiedenen Stellen Barrikaden errichtet und Drahtverhaue angelegt worden.

Pazifisten auf dem Kriegsspfad. Die belgische Gruppe der Interparlamentarischen Union beschloß, bei ihrer Entschiedenheit zu verbleiben, an der Stöckholmer Tagung, an der Deutsche teilnehmen werden, sich nicht zu beteiligen. Sie telegraphierte in diesem Sinne der französischen Gruppe und ersuchte sie um eine Zufammenkunft. Wie verlautet, will die belgische Gruppe aus der Union austreten.

Gewerkschaftsbewegung

Arbeiter und Angestellte Groß-Berlins!

Die letzten Demonstrationen vor und in dem Gewerkschaftshaus, denen ähnliche Aktionen vor anderen Gewerkschaftsgebäuden vorausgegangen waren, und die nach Aufkündigungen in gesteigerter Form wiederholt werden sollen, haben mit erschreckender Deutlichkeit die Gefahr gezeigt, die Euren mit unsäglichen Opfern in jahrzehntelangem Ringen aufgebauten Gewerkschaften droht.

Gewissenlose Elemente predigen die Zerstörung der Gewerkschaften.

Es kann nicht Euer Wille sein, daß der einzige, bis jetzt noch immer festgefügte Schutzwall gegen Ausbeutung und Reaktion, daß

Eure Gewerkschaften zertrümmert werden!

Gefährde dies, dann könntet den Arbeitslosen, den Armen der Armen, von denen ein kleiner Teil zu diesen Demonstrationen mitgebracht wird, überhaupt nicht mehr geholfen werden!

Das sollt ihr gerade die organisierten Arbeitslosen erkennen!

Sind solche Gegenstände vorhanden, dann soll man sie mit geistigen Waffen austragen.

Gewaltanwendung von Arbeitern gegen Arbeiter stärkt die Reaktion!

Wer sich direkt oder indirekt an Gewalttaten beteiligt, muß die Folgen berechtigter Abwehr tragen!!!

Der gesamten organisierten Arbeiterschaft, den Arbeitenden und Arbeitslosen, rufen wir nochmals warnend zu:

Erkennt die Gefahr!

Rückt ab von den Provokateuren, die Arbeitslose gegen Arbeitende hegen!

Rückt ab von den Zerstörern der Einigkeit, die in den Gewerkschaften noch vorhanden ist!

Rückt ab von den Verrätern der Arbeiterklasse!

Rückt ab von denen, die dem Kapitalismus Ansehensdienste leisten!

Schützt mit uns eure Gewerkschaften!

Allgemeiner freier Angestelltenbund (Afa)

Ortskartell Groß-Berlin.

Platzau. Ditto. Schilke.

Der Ausschuss der Gewerkschaftskommission

Berlin und Umgebung.

Sabath. Zagodinski. Eder. Kaspar. Boese. Thiem.

Thöns. Schulz. Gerhard. Müller. Guillard. Schmidt. Ortman.

Streikfolge bei der Bäcker-Einkaufsgenossenschaft.

Der Streik der Angestellten bei der Einkaufsgenossenschaft der Bäcker und Konditoren, dem sich am 20. Juni auch die Arbeiter angeschlossen hatten, ist Mittwoch früh mit Erfolg beendet worden. Sämtliche Streitenden wurden wieder eingestellt, ein Abzug vom Lohn und Gehalt für die Streikzeit erfolgt nicht. Die Angestellten haben eine 10-15 prozentige Erhöhung ihrer Gehälter erlangen können und ferner eine Reihe ideeller Forderungen beider Arbeitnehmergruppen durchgesetzt worden. Der Einigkeit der Arbeiter und Angestellten ist dieser Erfolg zu verdanken.

An die organisierten Arbeiter aller Verufe!

Gewerkschaftsmitglied! Täglich kommt Ihr auf Euren Arbeitsstellen mit Euren Kolleginnen und Kollegen zusammen und könnt in den Pausen und Versammlungen Euren Herzen Luft machen. Ein Vertrauensmann oder Betriebsrat vertritt eure Interessen bei dem Arbeitgeber. Ihr denkt dabei aber nie an einen Arbeitsbruder, der mit Euch wenig oder gar nicht in Berührung kommt, den Wächter. Wohl ist ein Teil der Wächter von der Organisation erfasst, der größte Teil steht jedoch noch abseits. Es sind zum Teil Leute, die den Wächterposten nur als Nebenberuf betrachten, die noch bei 10- bis 14stündiger Arbeitszeit für Hungerlöhne arbeiten und dadurch Lohnbrüder im Verzug werden.

Das kommt daher, weil sich niemand um den Wächter kümmert. Gewerkschaftsmitglied, das muß anders werden, auch der Wächter muß der Organisation zugeführt werden. Ihr alle seid berufen mitzuhelfen, verpflichtet, den Wächter darauf zu kontrollieren, ob er organisiert ist. Jeder einzelne Genosse sage dem Wächter seines Betriebes, daß seine zutreffende Organisation der Deutsche Portierverband, Sektion VII des Deutschen Transportarbeiterverbandes, ist.

Lohnbewegung im Nachener Bergrevier.

Im Nachener Kohlengebiet macht sich eine Lohnbewegung der Bergarbeiter bemerkbar, da die Lebensverhältnisse in dem besetzten

Gebiet viel teurer sind, als im unbefestigten Gebiet. Eine Kohlenpreiserhöhung kann kaum in Frage kommen, weil sonst die Nachener Kohle vom Markt verdrängt würde, da sie unter viel ungünstigeren Verhältnissen gefördert wird, als die westfälische. Das Reichswirtschaftsministerium hat aber erklärt, daß ohne Kohlenpreiserhöhung keine Lohnbewegung von den Werken getragen werden könne. Das Reichsarbeitsministerium hat daher auch eine Erhöhung der Löhne abgelehnt und den Arbeitern ein neues Uebereinstimmungsabkommen vorgeschlagen.

Ein Urteil für den achtstündigen Arbeitstag.

Das Oberlandesgericht Königsberg hat kürzlich als Revisionsinstanz ein sehr beachtenswertes Urteil gefällt, das der „Sozialen Praxis“ mitgeteilt wird. Ein Arbeitgeber in einem größeren Kühlenbetriebe Ostpreußens hatte seine Arbeitnehmer mit ihren Willen längere Zeit hindurch täglich mehr als acht Stunden be-



schäftigt. Er wurde vom Landgericht freigesprochen, jedoch hat das Oberlandesgericht die Strafbarkeit des Arbeitgebers bejaht. Der achtstündige Arbeitstag, so heißt es, sei als Folge der Revolution die Verwirklichung einer alten Arbeiterforderung. Sie bezwecke den Schutz gegen die Ausnutzung der Arbeitskraft. Das zwingt, anzunehmen, daß die Arbeiter auch vor der Ausbeutung durch sich selbst geschützt sein müßten, ebenso wie die Bestimmungen des Rinderstreuungsgegesetzes, der Gewerbeordnung usw. nicht durch die Zustimmung der beteiligten Arbeiter aufgehoben werden könnten. Strafbar sei allerdings nicht der Arbeitnehmer, sondern der Arbeitgeber, der diese Vergehen zuläßt.

Achtung, Rohrer! Wir machen darauf aufmerksam, daß eine gemeinsame Versammlung der Rohrer erneut beschlossen hat, daß die Rohrbedenfirmen Stahl, Schröder und Arndt (früher Rummel) für organisierte Rohrer gesperrt sind. Jeder Rohrer ist verpflichtet, sich beim Arbeitsnachweis seiner Organisation eintragen zu lassen.

Die Bundesputzfrauen ersuchen wir, auf die Rohrer ein ganz besonderes Augenmerk zu richten, damit es in Zukunft unmöglich ist, daß Rohrer unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen illusorisch machen können. DVB, Sektion der Rohrer.

Aus der Betriebsräte-Praxis.

§ 71 BGG. Das Ausschlußrecht der Betriebsrätevertretung. Die Frage, wie weit sich die Zuständigkeit der Betriebsräte erstreckt, wurde am 24. Mai 1921 in der Sitzung des Polizei- und Verwaltungs senats Nürnberg verhandelt.

In der Schuhfabrik Heimann u. Co. in Nürnberg sind zwischen dem Betriebsrat und der Betriebsleitung Streitigkeiten ausgebrochen über die Auslegung des § 71 des BGG, nach welchem der Betriebsrat die zur Durchführung der Tarifverträge notwendigen Unterlagen geordnet hat. Die Betriebsleitung hatte eine Reihe von Vorlagen verweigert mit der Begründung, daß sich diese Punkte auf Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse bezögen und sie deshalb nicht verpflichtet sei, Aufklärung zu geben. Damit gab sich der Betriebsrat nicht zufrieden und richtete Beschwerde an den Stadtrat. Die Firma bestritt jedoch die Zuständigkeit des Stadtrates.

Der Stadtrat stellte nunmehr zunächst fest, daß seine Zuständigkeit für die Entscheidung der vorliegenden Frage zweifellos gegeben ist. Weiterhin gab er dem Betriebsrat in den meisten Punkten recht und erklärte die Firma zur Vorlage der folgenden Schriftstücke verpflichtet:

Der Lohnbücher, der zur Durchführung der bestehenden Tarifverträge erforderlichen Unterlagen; als solche sind auch Gehaltslisten anzusehen, soweit die Vorlage zur Durchführung der Tarifverträge notwendig ist; die Betriebsleitung hat allvierteljährlich einen Bericht zu erstatten, in dem neben anderem auch die Leistungen des Betriebes zu behandeln sind.

Der Betriebsrat hatte seinem Antrag auch einen Fragebogen beigegeben, zu dem der Senat beschloß, daß die Betriebsleitung verpflichtet ist, dem Betriebsrat über die Arbeiterzahl, über die Höhe der einzelnen und gesamten Gehälter, sowie über die im einzelnen und insgesamt erwachsenden Anteile an den Versicherungsbeiträgen Auskunft zu erteilen. Der Fragebogen enthält dann auch eine Reihe weiterer, auf die kaufmännische Betriebsführung bezügliche Fragestellungen, wie über die Entwicklung der Produktion, Lage

und Preisgestaltung auf dem Seidenmarkt, Aufkosten des Betriebs, über die augenblickliche und für die Zukunft sich entwickelnde Absatzmöglichkeit, über Preise (abgesehen vom Leder) des benötigten Materials und endlich über die Höhe, zu der die Lederpreise in der Kalkulation festgesetzt wurden. Der Stadtrat glaubt, daß — mit Ausnahme der beiden letzten Fragen, die für die Berichterstattung keine Rolle spielen — die sämtlichen dieser Fragen vom Arbeitgeber in dem nach § 71 Absatz 2 des BGG. zu erstattenden Berichte teils eingehender, zum Teil vielleicht nur im Vorübergehen zu behandeln sein werden. Wenn sich auch diese Berichterstattung auf Darlegungen allgemeiner Art zu beschränken hat, so müssen die Berichte doch so gestaltet werden, daß sie dem Betriebsrat ein umfassendes und zuverlässiges Bild über die Gesamtlage im Betriebe und vor allem über die künftigen Aussichten des Arbeitsbedarfes geben. Eine gefällige Verpflichtung zur Auskunftserteilung oder Berichterstattung über die Verhältnisse vor Einführung des BGG. besteht nicht, ebenso kann nur eine vierteljährliche, keine monatliche Berichterstattung gefordert werden. Hinsichtlich der Form der Berichterstattung bleibt es dem Arbeitgeber überlassen, ob er mündlich, schriftlich oder an Hand eines Fragebogens Bericht erstatten will. Der Betriebsrat ist verpflichtet, über die ihm vom Arbeitgeber gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Der Firma steht es frei, gegen diese Entscheidung des Stadtrates innerhalb eines Monats Beschwerde beim Ministerium für soziale Fürsorge zu erheben.

Soziales.

Die Erhöhung der Angestelltenversicherung.

Aus dem Reichsarbeitsministerium wird uns geschrieben: Der vom Reichsrat angenommene Entwurf des abgeänderten Versicherungsgesetzes für Angestellte ist mehrfach in der Öffentlichkeit bemängelt worden.

Die Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf Angestellte mit einem Einkommen bis zu 28.000 M. wurde als zu weitgehend bezeichnet. Die Grenze betrug vor dem Kriege 6000 M., sie wurde dann auf 15.000 M., nun 28.000 M. erhöht. Auf die Unzulänglichkeit der bisherigen Grenzen wurde von den beteiligten Kreisen immer wieder hingewiesen. Die Erhöhung ist beiseite, da sie im Durchschnitt noch nicht den Erhöhungen der Gehälter entspricht, sie bedeutet also keine „Sympathieregierung“, sondern eine notwendige Anpassung an die sonstigen Steigerungen.

Dann wurden die Leistungen als zu gering im Verhältnis zu den Beitragszahlungen bezeichnet. Gegen Entrichtung von 200 Monatsbeiträgen zu 88,40 M., so heißt es, also von 19.680 M., wird eine Jahresrente von 3380 M. gezahlt. Bedenkt man aber, daß die Rente durchschnittlich 10 Jahre läuft, so steht den Einzahlungen von 19.680 M. eine Auszahlung von 33.800 M. gegenüber. Dazu kommen aber nach dem Tode des Ruhegeldempfängers für die Witze 1344 M. jährlich auf Lebenszeit und 672 M. jährlich für jede Witze, so daß im Durchschnitt für die 19.680 M. weit über 50.000 M. gezahlt werden.

Schließlich wendet man sich dagegen, daß durch so hohe Beiträge Milliardenvermögen festgelegt werden. Das Geld liegt indes tatsächlich zum allergrößten Teile brach, es wird Gemeinden und in industriellen Zwecken (Wasserleitungen, Entwässerungen usw.) geliehen, in Hypotheken angelegt usw., dient also gemeinnützigen Zwecken. Im übrigen kann man auf größere Reflexen auch für Zeiten der Not nicht verzichten. Nur durch die großen Rücklagen konnte sich das Gebäude der Sozialversicherung im Kriege halten und ohne sie wären die jetzt zu tragenden Lasten nicht aufzubringen.

Verantwortl. für den Text: Dr. Werner Keller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. W. Keller, Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Text: Dr. W. Keller, Charlottenburg u. Verlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin. Druck: Dr. W. Keller, Charlottenburg.



General-Vertreter für Groß-Berlin und Brandenburg:
Ernst Moritz, Charlottenburg, Kaiserdamm 114
Telephon: Amt Wilhelm Nr. 4946 und 4947.

Stoffe für Herren- u. Damen-Bekleidung
„Aparie Neuheiten“ Verkauf meterweise
Koch & Seeland G.m.b.H.
Gertraudenstraße 20-21

HERMANN TETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz
Frankfurter Allee

Sowohl Vorrat

Kinderkonfektion

Waschkleider für Kinder, farbig und weiss, 45 bis 70 cm lang.....	Jetzt 22 ⁰⁰ bis 37 ⁰⁰
Waschkleider für Mädchen, 75 bis 100 cm lang. Jetzt	41 ⁰⁰ bis 61 ⁰⁰
Kindermäntel 50 bis 70 cm lang.....	Jetzt 33 ⁰⁰ bis 48 ⁰⁰
Waschanzüge für Knaben, für 3 bis 8 Jahre.....	Jetzt 45 ⁰⁰ bis 60 ⁰⁰
Waschanzüge „Kieler Art“, für 4 bis 14 Jahre. Jetzt	68 ⁰⁰ bis 128 ⁰⁰
Waschblusen „Kieler Art“, für 4 bis 14 Jahre.....	Jetzt 42 ⁰⁰ bis 82 ⁰⁰
Sporthemden für Knaben, zirka 55 bis 95 cm lang. Jetzt	25 ⁰⁰ bis 41 ⁰⁰

Sensationell billige Preise

Ein Posten gediegener Winter-Mäntel ohne Rücksicht auf den früheren Wert 145 ⁰⁰ zum Ausbuchen	Ein Posten moderner Pelz-Mäntel Wert bis 12.000 M. 3500 ⁰⁰ zum Ausbuchen
Ein Posten aparte Foulard-Bast- Kleider 295 ⁰⁰ zum Ausbuchen	Grosses Sortiment Haarschmuck darunter: Spangen, Haarpfeile, Garnituren usw. 1 90 2 90 3 90 5 90 6 90
Zigaretten- Etuis Holz 2 ⁹⁰ versilbert 12 ⁹⁰	Zigaretten- Spitzen echt Silber 19 ⁵⁰ 100/100 besonders gute Ausführung

Wäschestoffe

Hemdentuch kräftige Qualität.....	Meter 6 ⁷⁵
Renforcé zirka 80 cm breit, feinädig.....	Meter 8 ⁷⁵
Louisianatuch ca. 82 cm breit, für Leib- und Beiwäsche.....	Meter 9 ⁷⁵
Lakenstoff ca. 145 cm breit, starkädig. Mir. 22 ⁰⁰ ca. 160 br. Mir. 24 ⁷⁵	
Handarbeiten	
Quadrate.....	1 ⁹⁰
Kissenplatten und Decken, 60x60 cm	13 ⁵⁰
Kaffeewärmer.....	13 ⁵⁰